

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienbeilage... Vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,00 RM., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Verlagsgesellschaft.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr beträgt für die sechsgehebelte Kolonelle... für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Verhandlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 26. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hat § 17 eine pädagogische Berechtigung?

Der § 17 des Reichsvereinsgesetzes, der jugendlichen Personen unter 18 Jahren die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen verbietet, wird von seinen Freunden gern und oft als eine pädagogische Notwendigkeit bezeichnet.

Die Befürworter des § 17 stellen es als eine Selbstverständlichkeit hin, daß er die Jugend vor den ungünstigen Einflüssen des politischen Kampfes bewahren könne. Diese Macht besitzt er aber nicht.

In noch weit stärkerem Maße gilt dies von den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen; denn sie stehen inmitten des Erwerbslebens. Täglich sind sie in der Familie und Arbeitsstätten Zeugen von Unterhaltungen erkrankter Arbeiter und Arbeiterinnen.

Sie erfahren eine grelle Beleuchtung durch die Wirkung, die die Anwendung des § 17 ausgeübt hat. Er konnte nicht verhüten, daß in der vorburgfriedlichen Zeit jede größere Partei einen frischen-fröhlichen Kampf um die Jugend führte.

von Schillers „Tell“, Halbes „Jugend“, ganze Unterhaltungsabende und Konzerte wurden unter Verufung auf den § 17 inhiert. Wenn nun aber gar ein Gericht (das Landgericht in Eberfeld) die Entscheidung fällen konnte: „Alle Zusammenkünfte der Arbeiterjugend, ganz gleich zu welchem Zweck (also auch gefelligem), sind als öffentliche politische Versammlungen zu betrachten, da die Tendenz dieser Veranstaltungen letzten Endes eine politische ist“.

Die neue Reichs-Vereinsgesetznovelle, deren Unvollkommenheit hier des öfteren dargelegt wurde, bietet leider nicht die Gewähr, daß dergleichen Uebergriffe der Verwaltungsorgane sich nicht wiederholen. Ein Danaergeschenk an die Gewerkschaften, berührt sie die Bildungsarbeit der allgemeinen Jugendbewegung überhaupt nicht, obgleich nachgewiesenermaßen gerade sie des Schutzes vor dem in Erziehungsfragen unsachverständigen Schutzmännern dringend bedarf.

Für eine das Interesse der Allgemeinheit erhebende Dämpfung jugendlichen Ueberflusses wäre ebenfalls durch die Vorberrschafft der Erwachsenen in den Parteien und im öffentlichen Leben genügend vorgeorgt. Auch die Sorge darüber, daß die Politik nicht von unreifen Elementen beherrscht wird, kann man zuverlässig den Parteien selbst überlassen.

Mit dem 20. Lebensjahre werden bekanntlich die männlichen Deutschen, nachdem der Kriegsdienst sie 2-3 Jahre jeder politischen Vertätigung entzogen hat, vollberechtigte Staatsbürger. Wann sollen sie für den Gebrauch ihrer politischen Rechte vorgebildet werden, wenn nicht in ihrer Jugend?

Greys Antwort an Bethmann Hollweg.

London, 2. Mai. (B. L. W.) Unterhaus. Die Abgeordneten Bonifant und Ramsay MacDonald lenkten die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Unterredungen, die Staatssekretär Grey und der deutsche Reichsminister jüngst amerikanischen Journalisten gewährt haben, und folgerten, daß in dem deutschen Interview nichts mit den Erklärungen Greys in Widerspruch stehe und daß keine unübersteigbare Schwelle Friedensverhandlungen verhindere.

Staatssekretär Grey erwiderte, wenn er der Ansicht wäre, daß die deutsche Regierung, die deutsche öffentliche Meinung und der Krieg so weit vorgeschritten seien, daß die alliierten Regierungen einen Frieden, der mit ihren Zielen vereinbar sei, durch Reden über den Frieden näher bringen könnten, so würde er Dutzende von Reden halten. Aber die Zeit sei dazu noch nicht gekommen. Alle Alliierten seien verpflichtet, Friedensbedingungen nur gemeinsam vorzubringen, und eine Erklärung über Friedensbedingungen, die England und den Alliierten annehmbar seien, könne nur nach einer Verabredung mit den Alliierten abgegeben werden.

Grey fuhr fort: Wenn der Reichsminister sagt, daß eine zweite Konferenz gegen Deutschland ausgenutzt und daß dieser Vorteil zur Vorbereitung auf den Krieg angewandt worden sein würde und so fort (Dinge, von denen wir zu jener Zeit nicht geredet haben), so sage ich, daß die Haltung, welche wir während der gerade beendigten Konferenz beobachtet hatten, uns berechtigt zu sagen, daß eine Konferenz, wie sie am Vorabend des Krieges vorgeschlagen wurde, so geartet gewesen wäre, daß diejenigen, welche die Erfahrung der vorhergegangenen hatten, sie mit Vertrauen und gutem Willen hätten annehmen sollen.

Bedingungen eines siegreichen Deutschland, die die deutschen Interessen beschützen, auf die Interessen der anderen Völker keine Rücksicht nehmen, und die, wenn sie angenommen würden, die anderen europäischen Staaten Deutschland auf Gnade und Ungnade ausliefern, wenn es seine Angriffspolitik gegen sie wieder aufnehmen sollte.

daß die Alliierten nicht geschlagen sind, (Vanger lauter Beifall); sie werden auch nicht geschlagen werden, und der erste Schritt zum Frieden würde sein, wenn die deutsche Regierung beginnt, diese Tatsache zu erkennen.

und auf den Ausdruck unserer Entschlossenheit zu beschränken, diesem Alliierten die vollste Unterstützung zu gewähren, die in unserer Macht liegt. (Beifall.) Wenn jemand in diesem Augenblick ein Recht hat, von Frieden zu sprechen, so ist das die französische Regierung. Der französische Premierminister hat es gesprochen, und wenn die Zeitungsberichte richtig sind, hat er gesagt: was werden die folgenden Generationen sagen, wenn wir die Gelegenheit entschließen lassen, einen festen dauernden Frieden für Frankreich zu schaffen. Das ist auch unsere Empfindung, und wir wünschen mit unseren Alliierten die Früchte dieses Krieges in einem Frieden begünstigt zu sehen, der nicht nur einige wenige Jahre und nicht nur für ein oder zwei Generationen Dauer hat, sondern der für alle Zukunft die Welt vor einer solchen Katastrophe wie dieser Krieg bewahren soll. In diesem Empfinden halte ich es im gegenwärtigen Augenblick für die Aufgabe der Diplomatie, die Solidarität der Alliierten angesichts des Feindes aufrechtzuerhalten, wie sie denn auch vollständig aufrecht erhalten wird und die notwendigen militärischen und maritimen Maßregeln im vollsten Maße zu unterstützen, die von den Alliierten gemeinsam unternommen werden, um diesen Krieg zu einem Punkt zu bringen, der noch nicht erreicht ist, aber wo die Aussicht auf einen sicheren dauerhaften Frieden zur Wirklichkeit werden könnte. (Lauter Beifall.)

Auch Grey hat es für nötig gehalten, den größten Teil seiner Ausführungen den in der Vergangenheit liegenden Ereignissen zu widmen. Wahrscheinlich, um die entsprechenden Darlegungen Bethmann Hollwegs nicht unwidersprochen zu lassen. Solche Darlegungen werden, von welcher Seite sie auch kommen, im feindlichen Ausland wenig Eindruck machen. Aber man erwartet offenbar eine solche Wirkung auch kaum, wohl aber, daß derartige Ausführungen im neutralen Ausland Stimmung machen werden. Was nur eine offizielle Bestätigung unserer oft geäußerten Auffassung bedeutet, daß die Meinung des neutralen Auslandes für den Verlauf des Krieges und den Charakter des kommenden Friedens keineswegs gleichgültig ist.

Dennoch wird man auch im neutralen Ausland, das, von gewissen, durch Kriegslieferungen und strupellose Büchergeschäfte sich bereichernden Fabrikanten- und Händlerkreisen abgesehen, gleichfalls je länger je mehr unter dem endlos sich hinziehenden Kriege leidet und deshalb leidenschaftlich den Friedensschluß herbeisehnt, der Meinung sein, daß der Sache der Völker lediglich durch deutliches Aussprechen der erhofften Friedensbedingungen gehiebt werden kann, weil nur dadurch eine Verkürzung des Krieges herbeizuführen ist. Leider aber hat sich Grey über diese Frage völlig ausgeäuert.

Die Gründe, die Grey für dies Schweigen vordrachte, vermögen wir als stichhaltig nicht anzusehen.

Denn wenn Grey sich darauf beruft, daß England seine Friedensziele nur im Einvernehmen mit seinen Verbündeten aussprechen könne, so wird das jeder anerkennen, der nicht die völlig vage Hoffnung auf einen möglichen Separatfrieden hegt; aber man sollte doch meinen, daß auch die Entente nach 22 Monaten Krieg Zeit und Gelegenheit genug gefunden hätte, um unter sich über die Grundbedingungen des Friedens einig zu werden! Sollte das aber dennoch noch nicht der Fall gewesen sein, so wäre es wirklich allerhöchste Zeit, daß die Vierverbandsmächte sich über diese Frage endlich einmal zu verständigen suchten. Es läge das für sie um so näher, als der Krieg auch für sie wahrhaftig kein Jdyll ist, sondern eine so furchtbare Heimtuchung, daß deren Abkürzung um auch nur einen Monat, ja eine Woche alle Völker der Entente von einer Vergesslichkeit befreien würde.

In Wirklichkeit wird freilich dies Argument auch nur ein Vorwand für Herrn Grey gewesen sein, um einem klaren politischen Bekenntnis auszuweichen. Ist doch offenbar auch Grey noch in dem verhängnisvollen Irrtum befangen, daß man die Karten nicht „vorzeitig“ aufdecken dürfe, sondern dem anderen Spieler die Vorhand lassen müsse. Eine Methode, die freilich weder zur Verkürzung des Krieges noch zur Erlangung besserer Bedingungen beizutragen vermag, da die Gegenseite ebenso zäh zurückhält.

Wahr scheint das andere Argument für sich zu haben, das Grey geltend mache. Bethmann Hollweg, sagte er, habe in Wahrheit ja gar kein Friedensangebot gemacht, denn die von ihm angedeuteten Bedingungen setzten den deutschen Sieg und die militärische Niederlage der Entente voraus. Der Vierverband fühle sich aber keineswegs geschlagen! Da das Deutschland absolut nicht begreifen wolle, müsse eben der Krieg solange fortgesetzt werden, bis Deutschland zu einer anderen Ueberzeugung von der Widerstandskraft seiner Gegner gelangt und demgemäß auf Friedensbedingungen einzugehen bereit sei, die den Ententemächten die gleichen Garantien eines dauernden, gesicherten Friedens böten, wie sie Deutschland für sich in Anspruch nehme.

Wie wir über diese Dinge denken, brauchen wir nicht erst darzulegen. Aber darum können wir dennoch nicht Greys Ansicht zustimmen, daß erst durch die Verlängerung des Krieges die Bahn für Friedensverhandlungen frei gemacht werden könne. Gerade dadurch, daß die Entente ihre Friedensbedingungen klar formulierte, würde sich ja erst ergeben, ob sich nicht zwischen den Kriegführenden eine mittlere Linie der Verständigung finden ließe.

Wir hoffen deshalb, daß die englischen Parlamentskreise, die Grey durch ihre Interpellation zu dieser Rede veranlaßt, energig fortzuführen werden, ihre Regierung zu weiteren und konkreteren Erklärungen zu drängen; ebenso, wie wir die Herbeiführung einer gleichen Aussprache auch in Deutschland erwarten. Das Eis ist gebrochen: Aufgabe des Volkes und der Volksvertretungen in allen Ländern ist es, die Aussprache nicht wieder einschlagen zu lassen!

Auch das neutrale Ausland sollte sich durch die noch so vieldeutigen, unbestimmten und ausweichenden Reden der Staatsmänner der Kriegführenden Mächte in seinen Bemühungen um Herbeiführung einer Verständigung nicht abschrecken lassen. Das gilt namentlich von Wilson, in dessen Hand ein ungeheures historisches Gewicht gelegt zu sein scheint.

Friedensbewegung in England.

Eine Friedensadresse.

Unter Mitwirkung der Unabhängigen Arbeiterpartei hat sich in London ein Komitee zugunsten von Friedensverhandlungen konstituiert, das folgende Adresse ausgearbeitet hat:

Der Unterzeichnete fordert S. W. Regierung dringend auf, die erste Gelegenheit zur Eröffnung von Verhandlungen über einen gerechten und dauernden Frieden zu ergreifen.

Die dem Komitee angeschlossenen Organisationen werden in der nächsten Zeit daran gehen, Unterschriften zu sammeln, u. a. auch mittels Hausbesuchen. Der „Labour Leader“ bemerkt dazu: „Wir glauben, das Ergebnis wird überraschend sein, denn die öffentliche

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Mai 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Torpedo- und Patrouillenboote wurden an der flandrischen Küste von deutschen Flugzeugen angegriffen. Westlich der Maas scheiterten drei Angriffe des Feindes gegen das von ihm verlorene Dorf Camiered.

Ostlich des Flusses stießen unsere Regimenter unter Ausnutzung ihrer vorgezogenen Erfolge weiter vor und eroberten feindliche Gräben südwestlich und südlich der Feste Donauumont. — Der Steinbruch südlich des Gehöftes Sandromont ist wieder in unserem Besitz.

Im Caillette-Wald lief der Feind während des ganzen Tages gegen unsere Stellung völlig vergeblich an. Außer sehr schweren blutigen Verlusten häuften die Franzosen über 850 Mann an Gefangenen ein. 14 Maschinengewehre wurden erbeutet. Bei St. Souplet und über dem Herbe Bois wurde je ein feindlicher Doppeldecker abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Kesles und Gjeogeli wurden von feindlichen Fliegern erfolglos beworfen.

Oberste Heeresleitung.

Deutscher Fliegerangriff im Ägäischen Meere.

Amtlich. Berlin, 25. Mai. Deutsche Seeflugzeuge haben am 22. Mai im nördlichen Ägäischen Meer zwischen Dekeagatsch und Samotiraki einen feindlichen Verband von vier Schiffen angegriffen und auf einem Flugzeugmutterstschiff zwei Volltreffer erzielt. Die feindlichen Schiffe entfernten sich darauf in der Richtung nach Imbros.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Mai. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In Wolhynien unternahm unsere Streifkommandos an mehreren Stellen erfolgreiche Ueberfälle. Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfaktivität im Abschnitt von Dobredo, bei Gattsch und am Ploeden war lebhafter als in den letzten Tagen. Wiederholte feindliche Angriffsvorstöße bei Pentelestein wurden abgewiesen.

Nördlich des Suganatales nahmen unsere Truppen die Cima Giffa, überschritten an einzelnen Stellen den Rasobach und rückten in Striegen (Strigno) ein. Südlich des Tales breitete sich die über den Kumpelberg vorgedrückte Gruppe unter Ueberwindung großer Geländeschwierigkeiten und des feindlichen Widerstandes nach Osten und Süden aus. Der Goros di Campo wurde in ihrem Besitz. Italienische Abteilungen wurden sofort zurückgeworfen.

Im Brandtal (Balarza) nahmen unsere Truppen Ghies in Besitz. Die Raufstele im Angriffsraum erhöhte unsere Deute noch um zehn Geschütze.

Eines unserer Seeflugzeuggeschwader besetzte den Bahnhof und die militärischen Anlagen von Latifana mit Bomben.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 24. Mai nachmittags hat ein Geschwader von Seeflugzeugen Bahnhof, Postgebäude, Kasernen und Kaffee in Bari ausgiebig und mit sichtbar gutem Erfolge bombardiert und in die Festeskreuze der reich besetzten Stadt deutlich erkennbare Störung gebracht. Das Abwehrfeuer der Batterie war ganz wirkungslos. Alle Flugzeuge sind unverfehrt eingerückt.

Flottenkommandos.

Meinung wechselt rasch zu unseren Gunsten.“ Das Blatt fordert die Parteimitglieder auf, ihre ganze Kraft für diese Unternehmung einzusetzen.

Friedensdemonstrationen in Schottland.

Der „Labour Leader“ berichtet über die glänzende Märsche in diesen schottischen Städten. Sie stand überall im Zeichen der Friedensidee und des internationalen Sozialismus. Besonders großartig verlief die Feier in Glasgow. Ueber 200 Organisationen nahmen an ihr teil und marschierten mit Fahnen und Musik nach dem für das Meeting bestimmten Platz Glasgow Green. Dort versammelten sich 30 000 Personen um 14 Rednertribünen. Es war die größte Kundgebung, die die Stadt gesehen hat. Sie verlief ohne jede Störung. Einen besonders regen Anteil nahmen die Frauen, die einen Klumentag zugunsten der Partei organisierten. Die Zahl der von den weiblichen Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei verkauften roten Blumen betrug an 50 000.

Der Verlauf der Kundgebungen im ganzen Lande hat gezeigt, daß Schottland für eine mächtige Friedenskampagne reif ist.

Kriegsfeindliche Kundgebungen in Moskau.

Nach einer Stockholmer telegraphischen Meldung des „Total-Anzeigers“ fand Sonntag in Moskau auf dem roten Platz eine gewaltige Teuerungskundgebung statt. 10 000 Menschen, vornehmlich Arbeiter, waren zusammengekommen. Allgemein wurde geschrien: „Rieder mit dem Krieg! Wir hungern!“ Die Mehrzahl der Geschäfte schloß sofort. Trotzdem stürmte die Menge eine Anzahl Läden und plünderte sie aus. Die Polizei hielt sich den Kravallen fern. Der Moskauer Stadthauptmann ließ am nächsten Tage ein Beruhigungsmanifest anfragen, worin es heißt: „Ich sehe mit Kummer, daß die Moskauer die erste Lage Rußlands nicht verstehen. Eine allgemeine Unzufriedenheit herrscht vor! Lebensmittel fehlen! Alles schreit: Wäge der Krieg endlich! Vergeht nicht, alle Entbehrungen sind fürs Vaterland! Statt euren Kerger auszutoben, bedenk! Auch der Feind entbehrt! Erinnert euch des Wortes eines der tüchtigsten Generale, die besten Kerben siegen! Die schweren Tage werden bald vorbei sein, und Moskau hat wieder alles in Fülle. Moskau gebe der Welt ein Beispiel heißer Vaterlandsliebe!“

Der italienische Krieg.

Von Richard Gädde.

Der italienische Ministerrat hat beschlossen, von der anfänglich geplanten Feier des Jahrestages der Kriegserklärung abzusehen in Anbetracht der inzwischen eingetretenen Umstände. Es war ja ohnehin ein besonderer Geschmack, den Jahrestag einer Kriegserklärung durch Nebenberherrlichen zu wollen, der so viel blutige Greuel in seinem Gefolge, so viel Opfer besten Menschenlebens gekostet, so viel Wohlstand vernichtet hat und dessen Ende noch unabsehbar ist. Man feiert sonst wohl glückliche Friedensschlüsse, man schließt wie in Rom den Tempel des Janus mit besonderen Festlichkeiten — und Rom wußte doch wahrhaftig, was Kriegsführen bedeutet —, aber es ist wohl noch niemals dagewesen, daß ein Volk noch mitten im verwüstenden Kriege den Tag verherrlicht, an dem es sich freiwillig entschlossen hatte, ohne bringenden Grund an ihm teilzunehmen. Schon diese Absicht allein müßte abstoßend auf jedes sittliche Gefühl wirken, wenn man den italienischen Staatsmännern nicht den Milderungsgrund zugestände, daß es galt, das eigene böse Gewissen durch lärmende Kundgebungen zu betäuben und durch das Gift der Rede wie den Jubel der Gasse das Feuer der Kriegsbegeisterung — le feu sacré de la patrie — von neuem zu schüren, das im Grunde in seinen breiten Schichten nie vorhanden gewesen ist. Es galt, das Volk darüber hinwegzutäuschen, daß das verfluchte Jahr ihm wahrlich keine kriegerischen Vorbeeren gebracht, es militärisch und politisch den Zielen nicht genähert hatte, die man ihm mit soviel rednerischem Schwünge in Aussicht gestellt hatte. Im Gegenteile, das ganze erste Jahr des Krieges war ein Jahr ununterbrochener, von Monat zu Monat wachsender Enttäuschung gewesen.

Als man am 23. Mai 1915 dem langjährigen Bundesgenossen die Kriegserklärung überreichte, mochte man wohl hoffen, gerade den allergünstigsten Augenblick gewählt zu haben und durch den Beitritt Italiens den Stoß ins Herz, zunächst Oesterreich-Ungarns, in weiterer Folge aber auch Deutschlands führen zu können. Tatsächlich war der allergünstigste militärische Moment allerdings bereits verstrichen — er wäre das Ende des März gewesen; die schlaun Politiker haben sich acht Wochen zu lange hinhalten lassen. In ihrem Interesse hätte es gelegen eingzugreifen, solange die Karpatenstürme des Großfürsten noch nicht geschickert waren. Am 23. Mai hatte bereits die siegreiche Offensive der Verbündeten eingesetzt und zu glänzenden Ergebnissen, zur Zertrümmerung zweier russischer Heere geführt.

Zunehmend mochte man hoffen, ihren weiteren Fortschritt im Osten sofort hemmen, die großen Angriffe der Franco-Engländer im Westen tatkräftig unterstützen, selbst aber einen raschen Siegeszug gegen Wien antreten und dort im Verein mit Serben, Rumänen und Russen einen Frieden von überwältigender Grobhartigkeit erzwingen zu können.

Man hatte sich in der Stärke und Entschlossenheit der Gegner, vor allen Dingen aber in der eigenen Vereilschaft empfindlich getäuscht. Der Staat, der seinen Verrat zehn Monate hindurch vorbereitet und durch Gesetze wie durch Verwaltungsmaßnahmen sein zurückgebliebenes Heerwesen zu kräftigen und zu vermehren gesucht hatte, war tatsächlich nicht imstande, alsbald mit der Kriegserklärung überwältigende Massen an seiner Ostfront entwickeln zu können. Er ließ dem Gegner Zeit, die geringen, aus Vorsicht an der italienischen Grenze belassenen Kräfte zu verstärken und durch Befestigungen einigermaßen zu sichern. Kleine Vorstöße seiner Vortruppen brachen sich überall an dem Widerstande der Oesterreich-Ungarns, die nur die äußeren Grenzbezirke freiwillig geräumt hatten. Erst 5 Wochen nach der Kriegserklärung erfolgte der erste große Angriff gegen die Front und auch er noch nicht mit gesamtter Kraft. Die gegen die Verbindungslinien des italienischen Heeres weit vorspringende Lage Südtirols, die im Beginn eines überfallartig begonnenen Krieges wenig bedenklich gewesen wäre, machte es später und je länger je mehr notwendig, verhältnismäßig starke Streitkräfte mit einer Nebenoffensive in jener Richtung zu betrauen, die dem Kampfe in der allein entscheidenden Richtung entzogen werden mußten. Von der überlegenen Tüchtigkeit der österreichisch-ungarischen Truppen wurde der erste Angriff am 5. Juli, der zweite am 18. Juli beginnende am 10. August unter blutigen Verlusten abgewiesen.

Inzwischen war die Offensive Joffres im Westen überall gescheitert, während der gewaltige Angriff der verbündeten Heere gegen Polen und Litauen bereits zu ungeahnten Erfolgen der Mittelmächte geführt hatte. Das Eingreifen Italiens in den Weltkrieg hatte nach keiner Richtung hin die große Wirkung gehabt, die man drei Monate vorher bei unseren Gegnern erhofft hatte. Es war eine große Enttäuschung gewesen und hatte im wesentlichen nur die Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung zur Folge gehabt.

Die italienische Armee war zunächst derart geschwächt, daß sie die neue Offensive der Franzosen und Engländer im Westen vom 26. September ab, die der Russen unter Ivanow gegen Wolhynien und Ostgalizien rechtzeitig nicht unterstützen konnte, sondern ihren dritten Angriff gegen die Front erst am 18. Oktober begann. Am 31. war auch er unter dem Verluste von 150 000 Mann gescheitert, und dem am 10. November einsetzenden vierten Angriffe blühte kein besseres Schicksal. Am 8. Dezember wurde auch er abgebrochen, nachdem die fruchtlosen Stürme die Heere Cadornas abermals um 7000 Mann geschwächt hatten. Man beargwöhnt, daß der italienische Feldherr sich mit zäher Wehrhaftigkeit weigerte, irgendwelche Truppen, sei es nach dem Westen, sei es nach Gallipoli und später nach Saloniki abzugeben. Er sah gelassen zu, wie Serbien vernichtet wurde und wie die Engländer und Franzosen aus Gallipoli sieglos und ruhmlos abzogen. Nur mit Mühe setzte das Ministerium es durch, daß zur Behauptung Valona eine stärkere Macht über das Adriatische Meer entsandt wurde. Nachdem die große Widerstandskraft der Mittelmächte in überzeugenden Schlägen largemacht worden war, fürchtete Cadorna mit Recht den Gegenstoß unserer Oesterreich-ungarischen Freunde mit um so größerer Berechtigung, als auch alle seine Versuche, gegen die Tiroler und stürmer Front nur zu ganz geringfügigen Erfolgen geführt und ihre besetzte Front nirgends angegriffen hatten. Doch raffte er sich am 15. März nochmals zu einem Angriff gegen die Front auf, nachdem die Oesterreicher dort bereits begonnen hatten, ihre Stellungen durch glückliche Stöße zu erweitern. Auch dieser Versuch scheiterte bereits am 16. März, noch ehe die russische Offensive gegen Hindenburg an der Dina und gegen Wilna blutig zusammengebrochen war. Ob er hoffte, die deutsche Offensive in der Maasgegend aufzuhalten, die am 21. Februar mit gewaltiger Kraft losgebrochen war, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls wäre es dann eine neue Enttäuschung gewesen. Die „einheitliche Front“ unserer Gegner kam nicht zustande, mit wie heißem Bemühen sie danach streben. Es lagen dafür innere Gründe vor; die Hauptfrage aber blieb, daß die beiden Mittelmächte sich das stolze Vorrecht der Vorhand nicht nehmen ließen. Indem sie die Gunst ihrer zentralen Lage entschlossen ausnützten, gelang es ihnen dauernd, den getrennten Gegnern das Gesicht des Handbels aufzuzeigen. Nachdem Franzosen und Engländer, Russen und Serben sich dem hatten beugen müssen, kam am Ende ihres ersten Kriegsjahres auch für die Italiener diese Stunde der Erkenntnis. Das, was ihr Feldherr lange befürchtet und doch rechtzeitig nicht zu bekämpfen gewagt hatte, trat ein: verhärtet, brachen die Armeekorps unserer Verbündeten an der Südtiroler Front, zwischen Fiesch und Grenta, am 15. Mai los und warfen in schwierigstem Gelände die Scharen Cadornas auf einer 55 Kilometer langen Front im unwiderstehlichen Ansturm zurück. Die letzten acht Tage werden für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Oesterreich-ungarischen Armee sein. Das dem Italiener in zwölf Monaten nicht geglückt war, erreichten sie in einem ununterbrochenen Ansturm von sieben Tagen: die Durchbrechung der ersten und zweiten Verteidigungslinie, das Vordringen bis in die Stellungen der schweren Geschütze, die Erfassung starker, durch ständige Werke geschützter Gebirgsperrn, während noch der Schnee die Gipfel bedeckte, um die gekämpft wurde. Das bisherige

Ergebnis des Angriffes waren 24 000 Gefangene und 172 Geschütze, eine sehr große Beute und ein erheblicher Verlust für die Italiener. Bisher riefen ihre Freunde dringend nach ihrer Hilfe, jetzt wenden sie selbst sich bereits suchend um, wer ihnen Unterstützung leisten möchte. Aber Joffre hat selbst keine Kräfte bis zum äußersten angepöbelt, und die Engländer? Wenn die helfen könnten oder wollten, wäre Joffre noch immer der Nächste dazu.

Das ist denn freilich kein Zeitpunkt, um Feste zu feiern, sondern um Einkehr zu halten. (z)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 24. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. In der Champagne verlusten die Deutschen mit Hilfe eines Gasangriffes unsere Linien in der Gegend westlich von Naborin zu erreichen. Sperrfeuer warf sie in ihre Gräben zurück. Auf dem linken Ufer der Maas verlusten die Deutschen im Laufe der Nacht eine kräftige Offensive östlich des „Toten Mannes“. Nach einem Kampfe Mann gegen Mann drang der Feind um den Preis bedeutender Opfer in das Dorf Cumieres und einen unserer Gräben unmittelbar westlich davon ein. Aus neuingetroffenen Nachrichten geht hervor, daß die in der Gegend am „Toten Mann“ seit dem 21. Mai eingeleiteten feindlichen Streitkräfte mehr als drei Divisionen betragen. Rechts der Maas folgten Artilleriekämpfe und Angriffe einander mit der gleichen Heftigkeit in der Gegend von Hausmont und Douaumont. Trotz der Erbitterung eines Feindes, der Menschenleben einsetzt, ohne sie zu zählen, gelang es ihm nur an einigen Punkten östlich des Forts Fuß zu fassen. Alle gegen unsere Stellungen im Westen des Forts und in demselben gerichteten Angriffe wurden durch unser Feuer gebrochen. In der Voivre Bombardement in den Abschnitten von Sig und Moulainville.

Paris, 25. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Auf dem linken Maasufer haben die Infanteriekämpfe östlich vom Toten Mann angebauert. Wiederholt hat unser Artilleriefeuer den Feind aufgehalten, welcher aus dem Dorfe Cumieres vorgedrungen verluste. Im Laufe des Nachmittags hat uns ein lebhafter Gegenangriff unserer Truppen zur Wiedereinnahme der Gräben am Südrande des Forts verholfen. Auf dem rechten Maasufer hat sich die Heftigkeit des Feuerkampfes in der Gegend der Feste Douaumont verdoppelt, in welche der Feind sich ganz besonders verlusten hat; während Angriffe mit zwei neuerdings an dieser Front angelangten bayerischen Divisionen sind einander den ganzen Tag hindurch gefolgt. Nach mehreren vergeblichen Versuchen und ungeheuren Verlusten hat der Feind es erreicht, die Trümmer der Feste wieder zu besetzen, deren unmittelbare Zugänge unsere Truppen halten. Ein gleichzeitiger Versuch, unsere Stellungen im Caillotte-Walde zu überspringen, ist in unserem Sperrfeuer und unserem Infanteriefeuer vollständig gescheitert. Von der übrigen Front ist kein Ereignis von Wichtigkeit zu melden.

Belgischer Bericht: Weidseitiges schwaches Geschützefeuer in der Gegend von Dignuiden, wo wir ein zerstörendes Feuer auf deutsche Verteidigungsanlagen unterhalten haben.

Die englische Meldung.

London, 24. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht. Die Lage auf dem Rücken von Vimy ist unverändert. Kleine englische Abteilungen stießen vorwärts in einem Kampfe von Mann gegen Mann. Schweres gegenseitiges Artilleriefeuer auf beiden Seiten des Souchezflusses.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 25. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht vom 19. Mai. Westfront: In der Gegend der Insel Dalen versuchten die Deutschen unsere vorgeschobenen Gräben anzugreifen, wurden aber durch Feuer mit erheblichen Verlusten zurückgeworfen. — In der Gegend von Kasjlyk nördlich des Bahnhofs von Olyta wurden unsere Kulkürer durch eine österreichische Feldwache angegriffen, machten aber einen Gegenangriff mit Handgranaten und zwangen den Feind zur Flucht. — Auf der übrigen Front vom Rigaischen Meerbusen bis zur rumänischen Grenze ist die Lage unverändert. — Kaukasusfront: Nichts von Bedeutung zu melden.

Eine neue russische Offensive?

Kopenhagen, 25. Mai. (B. L. W.) In den letzten drei Tagen ist wieder einmal jede Post aus Rußland ausgeblieben. Auch die amtliche telegraphische Berichterstattung hat in der letzten Zeit alle Mitteilungen über die innere politische Lage in Rußland beschränkt auf Nachrichten allgemeiner Art, nämlich auf die Wiedereröffnung von Unterredungen mit den französischen Ministern Viviani und Thomas, die jetzt in Rußland weilten. In Kreisen der hiesigen russischen Kolonie wird diese vorübergehende Verkehrsabschneidung von der Außenwelt mit wichtigen Ereignissen in Rußland in Verbindung gebracht. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß große Truppenmassen nach dem nördlichen Teil der Westfront geschickt wurden. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß diese Truppenverstärkungen eine neue russische Offensive einleiten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 25. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch. Im Sagarinatal am gestrigen Nachmittag heftiges Bombardement gegen unsere ganze Front auf beiden Ufern der Gisch. Eine feindliche Abteilung, die in kleinen Gruppen von Sizana gegen Marco vorgezogen verluste, wurde durch das Feuer unserer Artillerie aufgehalten. Ein Angriff längs des Brandtales (Calarza) in Richtung auf Monte di Mezzo wurde durch unsere Truppen angehalten. Zwischen den Tälern des Terragnolo und des Astico das gewöhnliche Bombardement. Die Räumung des oberen Beckens von Posina und des Astico ist jetzt regelrecht vollzogen. Die Truppen veranzogen sich auf einer geschützten Linie des Beckens von Astico. Die Geschütze, die nicht mit zurückgenommen werden konnten, wurden zerstört. Zwischen dem Astico und der Brenta unternahm der Feind gestern einen starken Druck gegen unsere Stellungen im östlichen Astatale. Im Saganertale ging gestern der Rückzug unserer Truppen auf die Hauptwiderstandslinie, der am 22. Mai begonnen hat, langsam und in guter Ordnung weiter vor sich. In Carnien heftiges Artilleriegeschloß im oberen Vuttale. Auf der übrigen Front kein wichtiges Ereignis. Feindliche Flieger warfen Bomben auf die Wohnhöfe in Carnien. Sie forderten keine Menschenopfer und verursachten nur einigen Sachschaden.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 24. Mai. (B. L. W.) Amtlicher Bericht. An der Front keine Veränderung. Die russischen Streitkräfte, deren Vormarsch in der Richtung Kasri Schirin auf Kardin (Sanik?) gemeldet worden war, sind gezwungen worden, ihr Vordringen in der Gegend der Grenze einzustellen. In einem Gefecht mit russischen Abteilungen, die an der persischen Grenze gerade nördlich von Suleimanieh bemerkt worden waren, brachten wir diesen einen Verlust von mehr als 200 Mann bei.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel im Abschnitt von Vitlis unbedeutende Patrouillengefächte. Im Zentrum und auf dem linken Flügel wurden Ueberfallsversuche des Feindes gegen unsere Vorpoststellungen in der Nacht zum 23. Mai mühelos abgewehrt.

An der Halbinsel Gallipoli wurde ein Torpedoboot, welches sich Küstschiff-Nemilli zu nähern versuchte, durch unser Geschützefeuer in die Flucht gejagt.

Eines unserer Wasserflugzeuge warf auf einem Fluge in der Richtung auf Imbros erfolgreich Bomben auf einen Monitor, den es im Hafen von Nephalo bemerkt hatte, auf die Einrichtungen im Hafen und auf Flugzeugschuppen und rief dort einen Brand herbor, welcher genau festgestellt wurde.

Auf den anderen Fronten keine Veränderung.

Meldung des bulgarischen Hauptquartiers.

Sofia, 24. Mai. (B. L. W.) Bericht des Hauptquartiers über die Lage auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz. Seit zwei Monaten haben die englisch-französischen Truppen begonnen, das befestigte Lager von Saloniki zu verlassen und sich unserer Grenze zu nähern. Die Hauptstreitkräfte der Engländer und Franzosen sind im Wardaral aufgestellt und breiten sich ostwärts über Doba Tepe bis zum Strumatal und westwärts über die Gegend von Subotsko und von Vodena bis nach Verine (Florina) aus. Ein Teil der wiederhergestellten serbischen Armee ist schon in Saloniki gelandet. Seit einem Monat ungefähr herrscht fast täglich Geschützefeuer an der Front Doiran—Gevgheli, aber die Engländer und Franzosen haben bis jetzt noch an keiner Stelle die Grenze überschritten. Vorgestern wurde eine französische Aufklärungsabteilung von unseren Patrouillen im Dorfe Gornigarbale unter Feuer genommen. Die Reiter ergriffen die Flucht und ließen ihre Pferde im Stich, die von unseren Soldaten eingefangen wurden.

Lebhafte Scharmügel am Wardar.

Bern, 25. Mai. (B. L. W.) Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Saloniki, daß rechts des Wardar zahlreiche und sehr lebhaft Scharmügel und links des Wardar heftige Artilleriekämpfe stattgefunden haben. Es sei aber nicht anzunehmen, daß eine umfassende und entscheidende Aktion in nächster Zeit bevorstehe.

Vom U-Bootskrieg.

Bern, 25. Mai. (B. L. W.) „Tempo“ meldet aus Madrid, daß in Barcelona die Besatzung der Brigg „Germania“ landete, die von einem Landboot auf der Fahrt nach Baltimore versenkt wurde. Anmerkung des B. L. W.: Eine Brigg „Germania“ steht nicht in Alohds Register.

London, 25. Mai. (B. L. W.) Alohds meldet: Der italienische Dampfer „Teresa“ wurde von einem U-Boot beschädigt, der Dampfer „Washington“ (2810 Tonnen) von einem U-Boot versenkt.

Zur Versenkung des Dampfers „Langell“.

Kristiania, 24. Mai. (B. L. W.) Das deutsche Auswärtige Amt hat der norwegischen Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt, daß die dienstlichen Berichte sämtlicher Unterseebootskommandanten keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß der norwegische Dampfer „Langell“ von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden sei.

Ein U-Boot überfahren.

Berlin, 25. Mai. (B. L. W.) Der schwedische Dampfer „Angermanland“ hatte am 23. Mai in der Nähe von Svartklippe ein plötzlich vor seinem Bug auftauchendes U-Boot überfahren, das nicht wieder auftauchte und nach Ansicht der Besatzung des Dampfers gesunken ist. Von schwedischer Seite wird es als ausgefallen bezeichnet, daß es sich dabei um ein schwedisches Unterseeboot gehandelt habe. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß ein deutsches Unterseeboot ebenfalls nicht in Frage kommt.

Eine Erklärung Nikitas.

Berlin, 25. Mai. (B. L. W.) Meldung der Agence Havas. Der König von Montenegro hat an den montenegrinischen Ministerpräsidenten Radomitsch folgenden Brief gerichtet: Herr Präsident! Um zu vermeiden, daß der Aufenthalt meines Sohnes, des Prinzen Mirko, in Wien, der sich nach Blättermeldungen wegen seiner Erkrankung dort zur Pflege aufhält, in ähnlicher Weise ausgelegt werde, erachte ich es für notwendig, den Regierung unserer mächtigen Alliierten durch Vermittlung ihrer bei uns beglaubigten Vertreter zur Kenntnis zu bringen, daß ich sehr entschieden die Heile nicht billige und streng jedes etwaige Vorgehen verdamme, welches dahin zielen würde, Montenegro unseren Feinden gegenüber zu verpflichten. Sollten Sie überdies erklären, daß Prinz Mirko kraft unserer Verfassungsgesetze und besonders des Artikels 10 unserer Verfassung keinen offiziellen Rang bekleidet und keinerlei regelmäßigen Einfluß in Montenegro ausüben vermag. Ueberdies hören die in Montenegro verbliebenen Minister nach der Bildung des neuen Kabinetts auf, zur Regierung zu gehören. Uebrigens hatten sie vor meiner Abreise von mir keine der Vollmachten erhalten, die in dem oben erwähnten Artikel 10 angeführt sind. Sie leben jetzt in den Rahmen einfacher Beamter unseres teuren Vaterlandes zurück, das mit der Hilfe Gottes und unserer tapferen und rühmreichen Verbündeten bald den Augenblick seiner so sehr erhofften Wiedererhebung herankommen sehen wird.

Tennant über die Behandlung englischer Gefangener in Deutschland.

London, 24. Mai. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Major Whaler fragte den Kriegsuntersekretär Tennant, ob er in Anbetracht der gemeldeten Knappheit an Fleisch und anderen Nahrungsmitteln in Deutschland eine Erklärung über die den britischen Kriegsgefangenen in Deutschland verabreichten täglichen Rationen abgeben könne. Tennant antwortete: Am 8. Mai habe ich gesagt, daß das Maß der Rationen für die britischen Gefangenen in Deutschland in sehr freigebiger Weise durchgeführt worden sei. Seitdem habe ich weitere Nachrichten von zurückgekehrten Gefangenen erhalten, welche zeigen, daß das Maß in der Praxis nicht zur Ausführung kommt, was für die Gefangenen ernste Folgen hat. Ich bin dahin unterrichtet, daß wenn nicht die von England gesandten Pakete mit Lebensmitteln wären, die Gefangenen in vielen Fällen hungern

würden. Man sollte in der Abfindung von Unterstützungen an die Gefangenen nicht nachlassen.

Oberst Vurn schlug Vergeltungsmaßnahmen an den deutschen Gefangenen in England vor in Anbetracht der brutalen und grausamen Art, in der die englischen Gefangenen in Deutschland behandelt würden. (Hört! hört!)

Tennant forderte das Haus auf, sehr ernstlich zu bedenken, welche Wirkung durch ein solches Verfahren hervorgerufen werden würde. Selbst wenn die Deutschen die englischen Gefangenen in der Weise behandelten, so könne man daraus nicht folgern, daß man in England ebenso handeln solle.

Auf eine andere Anfrage antwortete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Lord Robert Cecil, seines Wissens hätten fast alle Pakete die Gefangenen erreicht, aber die Frage müsse mit großer Besorgnis im Auge behalten werden, da er nicht wisse was sich in der Zukunft ereignen könnte.

Der Prozeß gegen Casement.

London, 25. Mai. (B. L. W.) Die große Jury hat die Entscheidung des Volizerichters, daß gegen Casement das Hauptverfahren eröffnet werden soll, bestätigt. Als Termin der Verhandlung wurde der 26. Juni festgesetzt.

Lohnbewegung in Lancashire.

Mit überwältigender Mehrheit haben die Arbeiter, dem „Economist“ vom 13. Mai zufolge, die Forderung der Gewervereinsführer nach einer Lohnhöhung gutgeheißen. Da die Arbeitgeber sich ablehnend verhalten, werden Aufforderungen zur Arbeitseinstellung ergehen, und dann würden die Spinnereien am 27. Mai stillstehen. Das Blatt hält ein untätiges Abwarten der Regierung für unwahrscheinlich und erwartet ein Eingreifen des Handelsamts, das den Arbeitern wohl außer der bereits erreichten Kriegszulage von 5 Proz. eine weitere Erhöhung um 5 Proz. sichern würde.

Ein neuer Streik in Frankreich.

Im „Populaire du Centre“ berichtet Genossin Marcelle Capp, daß in Vienne im Departement Isere ein großer Streik der Weberinnen ausgebrochen sei, der sich würdig dem vor Wochen siegreich ausgetragenen Lohnkampf der Pariser Schneiderinnen anschleife. Da die Unternehmer von Vienne den hundertfach berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen nicht entsprechen wollen, legten diese auf einmal und einhellig die Arbeit nieder. Es sei zu erwarten, daß auch diese Arbeiterinnen ihren Kampf mit einem vollen Erfolg gekrönt sehen werden.

Die seit einiger Zeit sich häufenden Klagen der Arbeiterinnen der französischen Munitionindustrie haben den Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition, Albert Thomas, veranlaßt, eine Untersuchung über ihre Arbeitsverhältnisse zu veranstalten.

Amerika und England.

Washington, 24. Mai. (Funkpruch vom Vertreter des B. L. W.) Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach sich zugunsten des Antrages des Senators Horn aus, in dem der Staatssekretär aufgefordert wird, eine Untersuchung über die Sicherheit der amerikanischen Bürger in den unter dem Kriegsgesetz stehenden Bezirken Irlands einzuleiten. Der Ausschuß befürwortete ferner die Annahme des Antrages des Senators Hitchcock, den Staatssekretär zu ersuchen, den Senat über die Haltung der britischen Regierung betreffend die Verschiffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung Polens zu unterrichten. Der Antrag fragt, ob England die Sendung von Lebensmitteln für Polen seitens der Vereinigten Staaten über neutrale Häfen gestatten würde. Hitchcock beabsichtigt, die Bewilligung von zwei Millionen Dollar für die Unterstützung Polens zu fordern, wenn der Weg für das zu unternehmende Werk freigemacht werden kann.

New York, 25. Mai. (Funkpruch des Vertreters von B. L. W.) Mit Bezug auf die zu erwartende amerikanische Note gegen die britische Einmischung in die Post, heißt es in einer Blättermeldung aus Washington: Seitdem die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu der amerikanischen Auffassung über die Unterseebootkriegführung zum Ausdruck gebracht hat, besteht eine wachsende Strömung für ein kräftiges Vorgehen gegen England. Das britische Vorgehen in Irland hat diese Strömung beträchtlich gestärkt. Besonders aber erkennt die Regierung in Washington, daß der Vortour, sie bewahre nicht eine gleichmäßige Neutralität, in der Tat in weiten Kreisen der Vereinigten Staaten Unabwägung finden würde, wenn nicht Schritte gegen die britischen Geschwädigkeiten unternommen werden. Die Note wegen der Post ist ein vorläufiger Schritt. Späterhin müden weitere Entwicklungen in der Streitfrage über die Blockade kommen. Ähnliche Kreise bezeichnen die Note als stark.

New York, 25. Mai. (Funkpruch des Vertreters von B. L. W.) Associated Press berichtet aus Washington: Der spanische Votschafter hat mit dem Hilfssekretär Phillips im Staatsdepartement über Möglichkeiten, die Sendungen des Roten Kreuzes nach Deutschland hineinzubringen, beraten. Spanien will mit den Vereinigten Staaten zusammen vorgehen, um zu versuchen, die Zulassung der Sendungen zu erreichen unter einem Probus, der ihre bestimmungsgemäße Verwendung sicherstellt. Ähnliche Stellen im Staatsdepartement erklärten, sie glaubten, daß diese Schiffsladungen schließlich die Erlaubnis erhalten würden, nach Deutschland zu gelangen, und es wurde darauf hingewiesen, daß eine Mitteilung über diese Frage in einigen Tagen erfolgen könnte.

Ueberreichung einer amerikanischen Note an England und Frankreich.

Washington, 25. Mai. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Staatsdepartement hat gestern dem britischen und dem französischen Votschafter eine identische Note überreicht, in der die Vorstellungen gegen die Anhaltung der rekrutierten amerikanischen Post durch Großbritannien und Frankreich wiederholt werden.

Die Mexikaner fordern Räumung ihres Landes.

New York, 24. Mai. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Dem Korrespondenten des „New York America“ in Stadt Mexiko zufolge, hat die mexikanische Regierung eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet, in der sie zum letzten Male den Rückzug der amerikanischen Truppen fordert. Die Note erklärt, wie der Korrespondent meldet, die fortgesetzte Anwesenheit einer so großen ausländischen Streitmacht auf mexikanischem Boden berühre die Ehre und Souveränität Mexikos. Die Mexikaner wollten keinen Krieg, aber das ganze Land sei bereit, für seine Rechte zu kämpfen. In Washington herrscht beträchtliche Sorge über einen Bericht, daß Carranza dreihunderttausend Mann zur Verfügung Willas ausgesandt habe anstatt zehntausend, wie ausgemacht war.

Gewerkschaftliches.

Kriegsfürsorge im Bäckergewerbe.

Der Verband der Bäcker bemühte sich schon seit längerer Zeit mit den Unternehmerverbänden des Gewerbes, um eine gemeinsame Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, vor allem für die Kriegsbeschädigten, zu treffen. Bekanntlich waren solche Vereinbarungen für die in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten gewesenen Bäcker und Konditoren bereits mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zustande gekommen, an denen auch andere Gewerkschaften beteiligt sind. Dann trat die Organisationsleitung auch an den Zentralverband Deutscher Bäckereien „Germania“, an den Verband Deutscher Brotfabrikanten, an den Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten, an die Vereinigung Deutscher Zuckerver- und Schokoladenfabrikanten und an den Verband der Biskuit-, Keks-, Zwieback- und Waffelfabrikanten mit dem gleichen Ersuchen heran. Es ist äußerst bezeichnend für den auch heute in diesen Unternehmerverbänden noch herrschenden Geist, daß nur der Zentralverband der Bäckereien „Germania“ sich zu gemeinsamen Verhandlungen in dieser Frage bereit erklärte, während die anderen sich damit begnügten, es als selbstverständlich zu erklären, daß die Industrie sich bemühen werde, ihre alten Leute wieder einzustellen. Am abweisendsten verhielt sich der Vorsitzende des Brotfabrikantenverbandes, Herr Joachim-Leipzig, und der Vorsitzende des Verbandes der Biskuit-, Keks-, Zwieback- und Waffelfabrikanten, Herr Senator Trüller-Gelle. Die Geschäftsstelle der Einigungsbestrebungen Deutscher Konditoren unterließ überhaupt jede Antwort. Die „Germania“ war dagegen sofort bereit, mit dem Zentralverband unter Hinzuziehung aller anderen Gehilfenorganisationen in eine Regelung der Frage einzutreten. Die Verhandlungen haben am 4. Mai stattgefunden und ergaben auch ein weiteres gemeinsames Vorgehen.

Hervorzuhoben ist aus den Verhandlungen, daß der Vorsitzende der „Germania“ es als Ehrenpflicht des Staates bezeichnete, daß er sich nach Kräften der Kriegsbeschädigten annähme, daß aber auch die moralische Unterstützung von allen Berufsangehörigen den Zurückkehrenden zuteil werden müsse. Der Referent zu dem Punkte selbst, Herr Kabisch-Berlin, führte aus, daß man im Vorstand des Germaniaverbandes zu dem Vorschlag gekommen sei, den aus dem Kriege zurückkehrenden Gesellen den Vorzug bei der Arbeitsvermittlung vor allen anderen Arbeitslosen zu geben. Man dürfe auch nicht warten, bis der Krieg vorüber sei und dann die Kriegsteilnehmer in großen Scharen kommen.

Der Hamburger Obermeister machte den Vorschlag, daß für die Zeit nach dem Kriege zunächst die Bestimmungen in den Innungsstatuten über die Innungsanmeldung außer Kraft gesetzt werden sollen, und zwar so lange, bis die meisten Kriegsteilnehmer wieder in Stellung gebracht sind. Man müsse sich in dieser Frage an die Behörden um Genehmigung eines solchen Vorschlags wenden. Energisch trat dieser Herr auch dafür ein, daß nach dem Kriege oder schon jetzt dahin gearbeitet werde, daß die weiblichen Arbeitskräfte wieder aus der Bäckerei herauskommen, da die Arbeit durchaus zu schwer und auch aus anderen Gründen ungeeignet für den weiblichen Organismus sei. In kleinen Bäckereien Kriegsbeschädigte unterzubringen werde wohl schwer halten.

Die Vertreter des Zentralverbandes konnten sich diesen Vorschlägen im großen anschließen. Angeführt wurde von ihnen, daß im Zentralverband schon nach gelegentlichen Meldungen zu verzeichnen sind: drei vollständig Erblindete, 88 haben je ein Auge verloren, einer hat beide Beine verloren, 23 haben je ein Bein oder Fuß verloren, 27 haben je einen Arm und einer hat beide Arme verloren. Die Tatsache, daß schon jetzt immer mehr Kollegen zur Entlassung kommen, haben den Zentralverband bewogen, sofort zu der Frage Stellung zu nehmen. Die Gelegenheit müsse wahrgenommen werden, durch Beschlüsse Richtlinien für das ganze Gewerbe zu schaffen und dann müssen neben einer Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin Bezirkskommissionen von Unternehmern und Arbeitern und am Orte größerer Innungen ebenfalls in gleicher Weise zusammengefasste Kommissionen gebildet werden, die für die Durchführung der Richtlinien zu sorgen haben. Die Kommissionen sollen außerdem den Kriegsbeschädigten mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie auf alle Fälle davor schützen, daß sie als Lohnrücker verwendet werden.

Beschlossen wurde, nachdem sich auch die anderen Gesellenvertreter im allgemeinen zustimmend geäußert hatten, eine Kommission von vier Meistern und vier Gesellen einzusetzen, die die vorgeschlagenen Richtlinien ausarbeiten sollen; die baldige Aufnahme der Beratungen wurde in Aussicht genommen.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage und Brauereiarbeiter.

Die Gewährung einer Teuerungszulage an die in den Groß-Berliner Brauereibetrieben beschäftigten Arbeiter bildet seit Beginn des vorigen Jahres den Gegenstand von fortgesetzten Verhandlungen unter den Beteiligten. Von den organisierten Brauereiarbeitern wurde an die Leitungen der in den Brauereien vertretenen Organisationen das Verlangen gestellt, mit Forderungen auf Gewährung einer Teuerungszulage an die Unternehmer bezw. an den Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend heranzutreten. Die Organisationsleitungen konnten im Hinblick auf die bestehenden Tarifverträge diesem Verlangen nicht stattgeben, erklärten sich aber bereit, die Arbeiterausschüsse und Vertrauensmänner bei ihrem Bestreben zur Erlangung einer Teuerungszulage auf das kräftigste zu unterstützen. Dies geschah auch, und dieses vereinte Vorgehen hatte zur Folge, daß der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend nach einigem Widerstreben für die Monate Juni, Juli und August 1915 eine Teuerungszulage von monatlich 10 M. an die Arbeiter gewährte. Diese Teuerungszulage wurde nur an solche Arbeiter gezahlt, welche während eines ganzen Monats in dem betreffenden Betrieb tätig waren. Arbeiter, welche vor dem jeweiligen Jahrestag die Beschäftigung freiwillig aufgaben, hatten keinen Anspruch auf diesen Kriegszuschlag. Durch Verhandlungen der Organisationsleitungen mit der Arbeitgeberorganisation wurde erreicht, daß die Zulage von monatlich 10 M. bis Dezember 1915 weitergewährt, wobei vergeblich die wöchentliche Auszahlung der Teuerungszulage gefordert wurde. Ende Dezember 1915 wurden neue Verhandlungen mit den Unternehmern angebahnt zwecks Weitergewährung, Erhöhung und wöchentlichlicher Auszahlung der Teuerungszulage. Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend gewährte für die Monate Januar, Februar und März 1916 eine Teuerungszulage von 15 M. pro Monat; die wöchentliche Auszahlung der Zulage wurde wiederum abgelehnt. Im März d. J., noch bevor die Organisationsleitungen sich zwecks Erhöhung und Weitergewährung der Teuerungszulage mit dem Verein der Brauereien in Verbindung gesetzt hatten, traten die Arbeiterausschüsse der Ringbrauereien in Aktion und übermittelten dem Verein der Brauereien durch eine Kommission Überforderungen auf Erhöhung der Teuerungszulage. Das Vorgehen der Arbeiterausschüsse war erfolglos, da die Unternehmerorganisation sich auf Verhandlungen mit dieser Kommission nicht einließ. Gleich-

zeitig setzte der Verein der Brauereien die Teuerungszulagen für die Monate April—Juni auf monatlich 15 M. fest. Angesichts der immer unerträglicher werdenden Teuerung traten die Organisationsleitungen erneut an den Verein der Brauereien heran mit dem Ersuchen, trotz des bereits gefassten Beschlusses die Teuerungszulage für das zweite Quartal 1916 zu erhöhen und wöchentlich zur Auszahlung zu bringen. Die Verhandlungen hatten den Erfolg, daß der Verein der Brauereien Anfang Mai d. J. in seiner Plenarsitzung folgende den Organisationen durch Schreiben vom 10. Mai 1916 mitgeteilte Beschlüsse gefaßt hat:

1. Die bisher gezahlte Teuerungszulage für den Monat Mai zu erhöhen und rückwirkend am 2. Juni, als dem Jahrestag für den Monat Mai, anstatt M. 15,— bereits M. 20,— zu zahlen;
2. vom 2. Juni 1916 ab eine Erhöhung der Teuerungszulage auf rund M. 22,50 pro Monat vorzunehmen und die Teuerungszulage vom 9. Juni d. J. ab wöchentlich mit M. 5,— zur Auszahlung zu bringen;
3. diese erhöhte Teuerungszulage unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bis auf weiteres fortzuführen;
4. die Teuerungszulage auch in Krankheitsfällen gemäß dem Abkommen aus § 616 BGB. Absatz 2 fortzusetzen und auch bei freiwilligen Ausscheiden die Teuerungszulage zu gewähren, wobei als Teuerungszulage 0,88 M. pro Arbeitstag anzurechnen sind.

Somit ist ab Juni dieses Jahres die längst gestellte Forderung auf wöchentliche Auszahlung der Teuerungszulage bewilligt; ebenso bringt der Punkt 4 des Zugeständnisses eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes.

Den dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend nicht angehörenden Brauereien wurden die jedesmaligen Bewilligungen des Vereins mitgeteilt mit dem Ersuchen, den Beschlüssen des Vereins der Brauereien beizutreten. Bis auf ganz geringe Ausnahmen ist dies auch jedesmal geschehen. Alle von den Organisationsleitungen der zehn beteiligten Verbände unternommenen Schritte wurden in Organisationskonferenzen durch Mehrheitsbeschluß festgelegt und zur Ausführung gebracht.

Aut Tarifvertrag ist den Maß- und Flaschenbierfahrern ein halbjährliches Gesamteinkommen garantiert. Die Abrechnungen finden am 31. Juni und 31. Dezember jeden Jahres statt. Beim Abschluß des letzten Tarifvertrages wurde festgelegt, daß am 1. April 1916 über eine anderweitige Regelung der Abrechnungsfristen in Verhandlung getreten werden könne. Den Unternehmern wurde der Vorschlag unterbreitet, die wöchentliche Abrechnung einzuführen und noch Ablehnung derselben als zweiten Vorschlag; die wöchentliche Abrechnung als Kriegsmäßnahme und nach Eintritt normaler Produktionsverhältnisse in die Brauereien die vierwöchentliche festzusetzen. Der Verein der Brauereien bewilligte die vierwöchentliche Abrechnungsfrist als Kriegsmäßnahme und die vierteljährliche Abrechnung als Dauerzustand. Damit erklärten sich die Fahrer einverstanden. Bei den Verhandlungen über den vorstehenden Punkt machten die Vertreter des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend den Arbeitnehmern folgendes Angebot:

Der Verein der Brauereien ist bereit, den Ablösungssatz für nicht genossenen Hausstrunk von 16 Pf. auf 24 Pf. pro Liter zu erhöhen unter der Bedingung, daß die Arbeitnehmer sich dazu bereit erklären, daß ein Teil des den Arbeitern tariflich zustehenden Hausstrunkes zwangsweise abgelöst wird. Die zwangsweise Ablösung soll sich auf die Hälfte des täglich den Arbeitnehmern laut Tarifvertrag zustehenden Bierquantums erstrecken mit der Maßgabe, daß jedem Arbeitnehmer pro Arbeitslohn mindestens 1 Liter Bier in natura verbleiben soll.

Die Unternehmer erklärten weiter, daß wenn sich gegen diesen Vorschlag der zwangsweisen Bierablösung, welcher als Kriegsmäßnahme gedacht ist und unzweifelhaft eine Verringerung der zurzeit bestehenden tariflichen Bestimmungen darstellt, eine auch nur nennenswerte Opposition bemerkbar mache, die zwangsweise Ablösung eines Teiles des Hausstrunkes unterbleiben müsse; diese könne nur im Einverständnis der beteiligten Arbeiter vorgenommen werden. Die Mitglieder aller in den Brauereien Groß-Berlins vertretenen Verbände lehnten nahezu einstimmig das Angebot der Unternehmer ab.

Die Erfüllung der tariflichen Bestimmungen, wonach die Brauereien allwöchentlich den Arbeitnehmern Seife zu liefern haben, steht infolge der behördlichen Beschlagnahme der Seife auf Schwierigkeiten.

In der Küchenmöbelbranche der M. A. L. haben Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage stattgefunden. Die Unternehmer haben aber erklärt, daß sie den Malern allein nichts zulegen könnten, da sonst auch die Tischler mit solchen Forderungen kämen. In mehreren Betrieben ist aber doch bereits eine Teuerungszulage in Höhe von 5 bis 10 Proz. gewährt worden. Damit ist jedoch die Frage noch nicht für die gesamte Branche gelöst, es werden darum nunmehr Verhandlungen gemeinsam mit den Tischlern aufgenommen werden, um eine neue Basis zu finden, auf der zu einem befriedigenden Resultat zu gelangen ist. Der Zeitpunkt dieser kommenden Verhandlungen ist noch nicht festgelegt. In der Versammlung, die sich mit der Frage beschäftigte, wurden in der Debatte die Mitglieder aufgefordert, vorerst einmal einzeln in den Betrieben vorzugehen, um so schon zu Teilergebnissen zu gelangen. Die jetzigen Verhältnisse rechtfertigen zur Genüge eine solche Zulage. Die Kommission wurde beauftragt, neue Verhandlungen anzubahnen.

Deutsches Reich.

Wähtung, Fliesenleger! Die Firma Friedrich Traudt in Nürnberg sucht im „Vorwärts“ Fliesenleger für dauernde Beschäftigung. Die Filiale Nürnberg des Bauarbeiterverbandes teilt uns dazu mit, daß dort anläßliche Fliesenleger noch arbeitslos sind. Warum diese auf dauernde Beschäftigung bei der Firma Traudt verzichten oder warum die Firma Traudt die arbeitslosen Fliesenleger Nürnbergs nicht in erster Linie heranzieht, darüber belagt die Leitungsstelle Nürnberg des Bauarbeiterverbandes an uns nichts.

Aus der Partei.

Aus der italienischen Bruderpartei.

Wie die römischen Blätter melden, hat sich am Montag der Vorstand der sozialistischen Partei versammelt und die Zusammenkunft und das Manifest von Kiental besprochen. Er beschloß, den Beitrag an die internationale Parteikommission in Bern zu erhöhen, dagegen nicht für den Vorschlag des internationalen Bureau einzutreten, der dahin ging, nur die sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder einzuladen; der Vorstand verlangt vielmehr die Beteiligung der Vertreter aller Länder.

Eine bestrebende Sache.

Unter dieser Epithymarie schreibt die Münchener „Vollstimme“:

Für fällig werdende Nachwahlen zum Reichstag wahren die politischen Parteien gegenseitig ihren Verzicht. Aufregende Wahlkämpfe lassen sich dadurch vermeiden. Die im Reichstagswahlkreis Reichenbach-Neurode durch das Ableben des sozialdemokratischen Abgeordneten Kühn-Langenbielau erforderlich gewordene Ergänzungswahl ist infolgedessen von besonderer Bedeutung, als sie die erste Ergänzungswahl ist nach der Spaltung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Für die Ergänzungswahl ist Genosse Müller vom Parteivorstand zum Kandidaten aufgestellt worden. Die bürgerlichen Parteien haben nun, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, die Frage erwogen, ob sie ihrerseits auch in diesem Falle den Vurgrieden zu wählen hätten. Sie sollen diese mit Ja beantworten haben, da der Genosse Müller Anhänger der Fraktionsmehrheit und damit auch bereit sei, für die Kriegskredite zu stimmen. Diese Weisung besagt also, daß die bürgerlichen Parteien gegenüber der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit den Vurgrieden nicht wählen wollen. Das verstößt aber gegen den bürgerlichen Geist, denn schließlich ist es ganz gleichgültig, unter welchen Voraussetzungen die

politischen Forderungen entsefelt werden. Ist das erst einmal der Fall, dann dürfen sich die bürgerlichen Parteien wohl auch darüber klar sein, was es heißt, in der Zeit der Lebensmittelnot und Teuerung Wahlkämpfe anzufechten. So und so wird für die event. Fall die sozialdemokratische Partei ihre Pflicht zu tun wissen.

Auch in dem unten zugegangenen Bericht war dieses Vorgehen der bürgerlichen Parteien erwähnt, durch den Einpruch des Genossen Scheidemann als Vorstandsenfänger waren wir verhindert, darüber zu berichten.

Nochmals die Kandidatenaufstellung in Reichenbach-Neurode.

Vom Reichstagsabgeordneten Genossen Feldmann, dem Leiter der Versammlung, erhalten wir eine Zuschrift, der wir entnehmen, daß er sofort nach Kenntnisnahme der in der geliebten Nummer enthaltenen Berichterstattung des Genossen Vogtherr einen von dort zurückgekehrten Versammlungsteilnehmer, der streng auf dem Boden der Minorität steht, ausgesucht habe. Diefem legte er die Frage vor: „Habe ich Vogtherr das Wort entzogen?“ was mit „Nein!“ beantwortet wurde. Genosse Feldmann fügt hinzu, daß der überwachende Beamte das Weiterreden Vogtherr's unterlagte und dagegen unter dem verschärften Belagerungszustand nichts zu machen war.

Er bestätigt ferner, daß der Antrag auf Einberufung einer neuen Versammlung allerdings gestellt und sofort beraten wurde, die Versammlung jedoch, da viele Genossen aus entfernteren Orten abreisen wollten, Schluß der Diskussion und Abstimmung über den Kandidaten verlangte. Die Abstimmung ist dann erfolgt, nachdem noch als letzter Redner ein Anhänger der Minorität gesprochen und Genosse Müller sein Schlusswort hielt.

Zu den Differenzen in Königsberg.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes fand am 21. Mai statt. Zu Beginn derselben gab Kollege Seemann folgende Erklärung ab:

„Die Ortsverwaltung hat in ihrer Sitzung vom 15. 4. 16 Stellung genommen zu der Resolution, welche vom Kollegen Hartung am 9. 4. 16 in der Mitgliederversammlung eingebracht wurde. Sie ist zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, der heutigen Mitglieder- versammlung folgende Entschließung mit dem Ersuchen zu unterbreiten, derselben ihre Zustimmung zu erteilen:

Der schwierige Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfordert volle Einigkeit und Mitarbeit aller Mitglieder, um Erfolge erzielen zu können. Zur Erhaltung dieser Einigkeit und Mitarbeit ist es dringend erforderlich, daß jede Erörterung über den inneren Parteistreit in allen Versammlungen und Sitzungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsfeste Königsberg i. Pr., völlig ausgeschlossen wird.

Kollege Hartung gab für seine Person die Erklärung ab, daß er sich eine Stellungnahme in Versammlungen des Verbandes vorbehalten müsse, falls Druckchriften mit groben Angriffen gegen eine Parteirichtung in Mitgliederkreisen verbreitet würden, empfahl aber auch die Annahme vorstehender Entschließung. Ohne weitere Debatte wurde dieselbe hierauf einstimmig angenommen.

Aktionen der schweizerischen Sozialdemokratie für die Einführung des Frauenstimmrechts.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht in der Parteipresse einen Aufruf an die Parteigenossen zur Förderung des Frauenstimmrechts, das in beschränktem Maße in verschiedenen Kantonen bereits besteht. So gehören der Schulpflege der Stadt Zürich 15 weibliche Mitglieder an, wovon 13 Genossinnen. Eine Genossin gehört der Zentralschulpflege der Stadt Zürich an. Die Frauen sind auch in die Gemeindegerichte und Armenbehörden wählbar und schon seit 1912 fungiert in der Stadt Zürich ein weiblicher Amtsvormund. Im Gesundheitsamt sind Wohnungsinpektorinnen tätig, auch eine Polizei- und Gewerbeinspektorin hat Zürich, letztere ist kantonale (staatliche) Beamtin. Die Kantone Baselstadt und Luzern haben ebenfalls Gewerbeinspektorinnen. Im Kanton Tessin sind die Frauen anstelle der während der Saison abweidenden Männer in allen Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt und ebenso haben im Kanton Valais die Frauen das gleiche Stimmrecht für die Gemeindearmenbehörden. In den Städten Neuenburg und Chaux-de-Fonds besitzen die Frauen für die Schul- und Armenbehörden das aktive und passive Wahlrecht, ebenso im Kanton Appenzell. Im Kanton Gené haben die Frauen das aktive und passive Wahlrecht für die Gewerbegerichte, in den Kantonen Neuenburg, Gené und Waadt für die kirchlichen Angelegenheiten.

Im Kanton St. Gallen ist bereits im Kantonsrat ein sozialdemokratischer Antrag anhängig auf Einführung des Frauenstimmrechts. Es dürfte für die Schul-, Gemeinde- und Kirchenbehörden erreicht werden.

Im Werner Kantonsrat wird gegenwärtig ein neues Gemeindegeseß beraten, zu dem die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in den Bestimmungen über das Wahlrecht stellte. Mit 64 gegen 87 Stimmen wurde der Antrag an die Kommission gewiesen, die ihn bis zur zweiten Lesung des Geseßes prüfen soll.

Im genannten Aufruf werden schließlich die kantonalen Geschäftsleitungen aufgefordert, die nötigen Schritte einzuleiten, um durch Revision der Verfassungen und Geseße das Frauenstimmrecht einzuführen.

Aus Industrie und Handel.

Amerikanische Kriegspapiere.

Dem „Economist“ vom 13. Mai wird aus Boston geschrieben:

Die guten Tage der Kriegsgründungsallien sind vorüber. Ihre Anziehungskraft hat neuerdings erheblich nachgelassen. Hauptursache ist die internationale Lage, die Verwicklungen mit Deutschland und Mexiko. Von 33 hervorragenden Kriegspapieren haben 14 sich über dem vor 1916 liegenden niedrigen Satz gehalten. Die jetzige Marktlage zeigt, daß die starke Aufwärtsbewegung des Vorjahres im allgemeinen verblüht ist. Die Aktien der Vethlehem Stahlwerke bleiben das flüssigste Papier des Kriegsmarktes. Sie sind von 50 Dollar auf 600 Dollar für die Aktie in die Höhe gegangen und haben diesen Kurs am 22. Oktober 1915 erreicht. Dann sind sie aber auf 415 Dollar heruntergegangen. Sehr stark ist der Rückgang der Baldwin Lokomotiven Aktien, noch auffälliger der von Crucible Steels. Kriegssaktien haben ihre Zugkraft verloren. Der Börsejargon hat jetzt einen neuen Ausdruck „Friedensaktien“ geschaffen, der eine Erklärung für das Sinken der angeführten Werte ergibt.

Europäischer Besitz an Aktien des amerikanischen Stahltrustes.

„Neerlands Koopkracht“ vom 12. Mai teilt mit: An Stammaktien gab es für 508 302 500 Dollar, an 7 Proz. Vorzugsaktien 360 281 100 Dollar. Ende März 1914 waren außerhalb der Vereinigten Staaten davon Stammaktien 128 563 000 Dollar, Vorzugsaktien 81 281 000 Dollar. Ende des Jahres 1914 betrug der europäische Besitz nur noch 119 306 400 Dollar, der Rückgang fiel gänzlich auf England und Holland, dagegen vermehrte Deutschland seinen Besitz von 215 000 Dollar auf 268 400 Dollar.

Nach dem Ende 1914 begann Amerika energisch zu kaufen. In einem Jahre verminderten sich die gewöhnlichen Aktien im Ausland von 25,20 v. H. am 31. Dezember 1914 auf 13,70 v. H. am 31. Dezember 1915. Am 31. März 1916 blieben in Europa nur noch 634 469 Stück gleich 12,48 v. H.

Deutschlands Anteil ging von 268 400 Dollar Stammaktien Ende 1914 auf 87 800 Dollar am 31. März 1916 zurück. An Vorzugsaktien besaß Deutschland Ende 1914 325 200 Dollar, die sich auf 126 000 Dollar am 31. März 1916 verminderten.

Frankreich verminderte seinen Besitz ebenfalls erheblich.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Auseinanderetzungen über Zensur und Belagerungszustand

Reichstag.

64. Sitzung. Donnerstag, den 25. Mai 1916, nachmittags 2 Uhr.

Die Debatte über die Frage der

Zensur

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Mit dem Abg. Dr. Pfleger stimme ich im wesentlichen überein. Allerdings darf man über die kommandierenden Generale und ihre Verordnungen nicht in Pausch und Bogen aburteilen, sie haben auch sehr viel Gutes gewirkt; ich erinnere nur an den Erlaß gegen den Unfug der Modellsieder gewisser Damen, an den Erlaß gegen den Gebrauch der Fremdwörter. Darin sollte man in den hohen und höchsten Kreisen dem Volke mit gutem Beispiel vorangehen. Ob wir bei Zensurverböten besser fahren würden, wenn sie nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen dürften, wie die Kommission wünscht, scheint mir zweifelhaft. — Herrn Pfleger stimme ich vollkommen zu in Beurteilung der Angriffe gegen den Katholizismus; solche Entlassungen beurteilen wir ebenso scharf wie er. Wer in der gegenwärtigen Zeit den Kampf zwischen den verschiedenen Weltanschauungen entfacht, verdingt sich am Vaterlande. (Weißlich rechts und im Zentrum.) Auch in bezug auf die Petition des Professors Schäfer bin ich vollständig einverstanden mit dem Abg. Pfleger. — Herr Pfleger warf einem kommandierenden General vor, er habe Kötigung verübt, indem er die Zurücknahme des Verbotes an die Bedingung der Entlassung des Schriftleiters knüpfte. Die Sache liegt anders. Der Verleger hat ohne jede Anregung seitens des Generals die Entlassung des Schriftleiters an als Zeichen dafür, daß er künftig Verstoße gegen den Burgfrieden nicht durchlassen werde. Wegen solcher Verstoße gegen den Burgfrieden, die in den Artikeln der Abgeordneten Müller-Weinungen und Gothein enthalten waren, war das Verbot der Zeitung erfolgt; dieses Verbot halte ich für gerechtfertigt. (Widerspruch links.) — Im allgemeinen leidet aber die Presse aller Parteirichtungen schwer unter den jetzigen Zuständen. Die Erörterung der Kriegsziele wird sogar gehindert, wenn sie in vertraulichen Denkschriften erfolgt. Das dürfte doch etwas zu weit gehen. Auf der anderen Seite ist ein Blatt, das die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens verlangte, nach der Beschlagnahme verfallen. Die Verbreitung einer Rede des Abg. v. Heydebrandt, die die Erwartung ausdrückte, daß die Antwort der Regierung auf die amerikanische Note unseres Landes und der großen Stunde würdig sein werde, wurde verboten. Ich frage das Auswärtige Amt, aus welchen Gründen das Verbot erfolgt ist. Als eine hiesige Wochenchrift die Rede zu maßlosen Angriffen gegen den Abg. v. Heydebrandt benutzte, nahm das Auswärtige Amt keine Gelegenheit, einzuschreiten. (Hört! hört!) Man unterbindet nicht nur die freie Meinungsäußerung, sondern man will auch durch Verbote erreichen, daß diese Unterbindung nicht im Ausland bekannt wird. Glaubt man wirklich, daß man im Ausland so wenig politisch orientiert ist, um aus der äußeren Übereinstimmung zu schließen, daß wirkliche Übereinstimmung in allen Teilen des Volkes herrscht. Geben Sie dem Volke mehr Freiheit, mehr Freiheit, sich die Sorgen der Kriegszeit wenigstens vom Herzen zu reden. Sie bessern die Stimmung nicht. (Abg. Hausmann (Sp.): Sie auch nicht!) Wenn Sie dem Volke die freie Meinungsäußerung auch dann vorenthalten, wenn diese Meinungsäußerung durchaus vaterländisch ist, durchaus dem Burgfrieden Rechnung trägt und dafür sorgen will, daß eine gute, frische, kampfbereite Stimmung erhalten bleibt. (Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Sie wollen die Zensur nur für die anderen!) Unsere Kämpfer draußen klagen darüber, daß sie aus den deutschen Zeitungen zu wenig Erhebendes erfahren. (Zuruf: „Deutsche Tageszeitung!“ Heiterkeit.) In Scherzen ist die Sache zu ernst. (Unruhe links, Zurufe: Sie machen ständig Scherze!) Sollen wir nicht in angemessener Form fordern dürfen, daß diesen schweren Leiden bald ein Ende gemacht werden soll? Dieses erzwingene Schweigen erzeugt nicht die Stille der Stärke, sondern die unheimliche Ruhe des dumpfen Drucks. Unser Zweck ist nicht erreicht, unsere Feinde sind nicht zum Frieden geneigter geworden, die Neutralen sind nicht wohlwollender. Auch wir nehmen uns nach dem Frieden, aber wir wollen keinen faulen Frieden. Wir wollen den Frieden nur durch den Sieg und wir wollen den Sieg mit allen Mitteln der Kriegskunst herbeiführen. Wir wollen uns keine Waffe aus der Hand wunden, und auch durch keine Vermittlung um den Siegespreis betrügen lassen. (Dravot! rechts.) Das Volk hat ein Recht auf eine Presse, die frei und offen seine Meinung widerspiegelt. (Lebhaftes Dravot! rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow:

Als der von dem Vorredner erwähnte Artikel des Abgeordneten v. Heydebrandt in der „Kreuz-Zeitung“ erschien, waren die Verhandlungen mit Amerika noch nicht abgeschlossen. In diesem Moment wäre die Verbreitung dieses Artikels also so temperamentvoller und angelegener Feder zweifellos geeignet gewesen, große Erregung in der öffentlichen Meinung herbeizuführen und die Verhandlungen mit Amerika zu erschweren. Dabei war das Auswärtige Amt, das im unmittelbaren Zusammenhang mit der Kriegsführung wirkt und diese nicht in kritischen Momenten durchkreuzen lassen darf, durchaus zu einer Maßnahme berechtigt, für die ich die volle Verantwortung übernehme. Der Artikel der „Julius“ dagegen erschien in einem Moment, als er auf die Entscheidung keinen föhrenden Einfluß mehr ausüben konnte. Daher lag vom Standpunkt meines Ressorts kein Grund vor, gegen ihn irgendwelche Maßnahmen zu beantragen. (Dravot! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Dirsch-Essen (natl.):

Eine Beseitigung des Belagerungszustandes können meine Parteifreunde nicht empfehlen, wohl aber wünschen wir eine andere Handhabung. Sowohl bei Versammlungen wie bei der Zensur haben wir Erfahrungen gemacht, daß man beinahe sagen muß, es gehört zum Kennzeichen eines anständigen Menschen, irgendwie unter Zensur zu stehen. Wir verlangen, daß die Zensur in die richtigen Grenzen gewiesen wird, sie muß sich auf das militärische Gebiet beschränken. Große Klage wird auch geführt über die Ungleichmäßigkeit der Zensur, sowohl örtlich wie sachlich. Die Zensur muß beschränkt werden, daß die Freudigkeit des Durchhaltens im Volk nicht erstickt und im Ausland nicht die Meinung ertüdt wird, daß dem deutschen Michel alles geboten werden darf. Auch über die Gefahren, die von „neutralen“ Friedensvermittlern ausgehen, muß das Volk aufgeklärt werden, sonst könnte man auch in bezug auf diese Vermittlung sagen: „Nur die allergrößten Käiber wählen ihre Wegger selber.“ (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Eine gesetzliche Regelung der Zensur ist nötig; es kann nicht geduldet werden, daß Reden des Herrn v. Heydebrandt verboten werden, die Anpöbeleien gegen diesen Mann aber verbreitet werden darf. — Der Ministerialdirektor Lewald bespricht, daß in dem Falle Schäfer ein Angriff gegen das Petitionsrecht geschehen sei. Das ist folcher aber vorlag, ist ganz unzweifelhaft und hier muß man ganz entschieden schon den ersten derartigen Versuch zurückweisen. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Reil.)

Eine Entschärfung des nationalliberalen Zentralvorstandes zur Note an Amerika ist auch teilweise der Zensur verfallen. Der Redner verliest die Entschärfung. Die Entschärfung hält sich dabei einfach

an den klaren Wortlaut des Schlusses der Note. Das „Berliner Tageblatt“ aber nennt das eine „Umdeutung“ der Note. Das beste Stück der Zensur ist, daß sie auch verbieten hat, den Eindruck zu erwecken, als ob die Zensur die freie Meinungsäußerung unterbinde. (Heiterkeit.) Wenn das deutsche Volk noch immer bereit ist, durchzuhalten, so ist das sicher kein Verdienst der Zensur. (Sehr richtig.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich halte es nicht für nützlich, daß Maßnahmen der Militärbehörde hier gewissermaßen dadurch durchkreuzt werden, daß von der Zensur verbote Sachen hier öffentlich verlesen werden. Das sollte besser in der Kommission geschehen. Die Zensur ist ein notwendiges Uebel. Auch in streng parlamentarisch regierten und in republikanischen Ländern wird die Zensur in demselben Umfange wie bei uns geübt. Sie arbeitet natürlich mit verschiedenen Methoden und mit einem verschieden gearteten Publikum. Sie arbeitet dort am besten, wo sie am gewissenlosesten arbeitet. Zweifellos ist, daß sie von den militärischen Stellen gehandhabt werden muß. Man hat gesagt, das sei mit der Würde des Reichskanzlers nicht vereinbar. Fürst Bismarck war nicht dieser Ansicht. Er hat in einem Schreiben an Johann Jacobi vom 8. September 1870 ausdrücklich betont, daß ihm eine direkte Einwirkung auf die militärischen Stellen nicht zustehe. Wenn Fürst Bismarck das mit seiner Würde für vereinbar gehalten hat, wird das der gegenwärtige Kanzler wohl auch. — Man kann auch nicht dies oder jenes Gebiet aus der Zensur ausschneiden, denn der Krieg umfaßt alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens. Er wird z. B. auch mit Druderschwarzerei geführt und von unseren Gegnern sehr oft gegen uns mit unserer eigenen Druderschwarzerei. Härten und Mißbilligkeiten sind bei der Handhabung der Zensur nicht zu vermeiden. Es ist noch viel schwerer, die geistige Ernährung eines Volkes zu reglementieren, als die materielle. (Sehr gut!) Die Reichsleitung ist seit langem bemüht, die Handhabung der Zensur zu bessern. Ich hoffe, daß die Verhältnisse es gestatten werden, in dieser Richtung weiter zu arbeiten. Diejenigen, die oft sehr unangenehm durch die Zensur betroffen werden, werden auch ihrerseits durch Selbstzensur dazu beitragen können, daß dieser Abbau sich weiter vollzieht.

Ministerialdirektor Dr. Lewald:

Im Kriegsfall geht die Zivilgewalt auf Grund des Belagerungszustandes an die Militärbehörde über unter persönlicher Verantwortung der militärischen Befehlshaber. Der Reichskanzler trägt nach der Verfassung lediglich für die gegengezeichneten Erlasse des Kaisers und Bundesrats die Verantwortung. Für Maßnahmen des Exekutivorgans der Bundesstaaten hat der Reichskanzler die Verantwortung stets abgelehnt. Ebenso kann er keine Verantwortung übernehmen für Handlungen der Militärbehörden, auf welche die Zivilgewalt jetzt übergegangen ist. Auch die Minister der Einzelstaaten, auch der preussische Minister des Innern kann eine Verantwortung nur so weit übernehmen, als sein Wirkungsbereich durch die Militärbehörde nicht eingeschränkt wird. Mit dieser Auffassung vertritt sich der Reichskanzler nicht etwa hinter die Militärbehörde, sondern stellt sich auf den Boden der Verfassung und des geltenden Rechts. —

In dem Falle Schäfer liegt eine Beschränkung des Petitionsrechts nicht vor. Die Herren haben einen Artikel, den eine Zeitung nicht drucken durfte, in 750 000 Exemplaren drucken lassen und verbreiten wollen. Diese Umgehung einer von den Militärbehörden getroffenen Anordnung ist verhindert worden, das Agitationsrecht des Herrn Dr. Schäfer ist beschränkt worden, dagegen ist er in keiner Weise gehindert worden, seine Petition dem Reichstage einzubringen.

Die Verhängung der Schuchhaft ist sicherlich für unser Rechtsempfinden verlegend. Aber im Kriegsfall gilt das Recht der Notwendigkeit, und was die Resolution fordert, die Schuchhaft auf das aus rein militärischen Gründen absolut gebotene Maß zu beschränken, geschieht bereits; der Reichskanzler ist mit dem Kriegsministerium in Verbindung getreten und entsprechende Verfügungen des Kriegsministeriums sind ergangen und werden beachtet. Dagegen kann dem in Schuchhaft Genommenen nicht das volle Recht des Untersuchungsgefangenen gewährt werden, das geht nicht an, weil es sich um Spionagefälle handelt, wo das Beweismaterial zuweilen nicht herangeschafft werden kann, weil es im Ausland liegt.

Die vom Abg. Emmel beflagte Beschränkung der Verhandlungen des reichsständischen Landtages erklärt sich aus der Tatsache, daß die Tagung innerhalb des Kriegsgebietes stattfinden mußte. Auch die in Wülhausen getroffenen Maßnahmen erklären sich in derselben Weise.

Daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen soll, wie die Resolution der Kommission wünscht, ist nach der ganzen Rechtslage und Organisation unmöglich. Auch die zweite Resolution, die Sicherheiten gegen Eingriffe der Militärbehörde in das bürgerliche Leben fordert, bitte ich abzulehnen. Eine Aenderung des gesetzlichen Zustandes kann während der Dauer des Krieges jedenfalls nicht in Frage kommen.

Abg. Mertin-Dels (Deutsche Fraktion):

Kamens meiner Fraktion muß ich mich den von den Abgeordneten Dertel und Pfleger erhobenen Klagen und den von ihnen vertretenen Anschauungen vollständig anschließen, speziell auch der Auffassung, daß im Falle Schäfer ein Eingriff ins Petitionsrecht vorliegt. — Dem Staatssekretär v. Jagow erwidere ich, daß der unterdrückte Artikel des Herrn v. Heydebrandt absolut nicht schaden und die Verhandlungen stören konnte. Ueberhaupt hat das Volk nach 1 1/2-jähriger Kriegszeit ein Recht darauf, die Kriegsziele der Regierung zu erfahren. Sehr ernste Männer befürchten, daß die Regierung in dieser Beziehung sich nicht in Übereinstimmung mit dem Volke befindet. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Die Rede des neuen Staatssekretärs Helfferich hat Aufklärung über den zukünftigen Kurs der inneren Politik gegeben; es bleibt alles beim alten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Bei seiner Entwidlung der absolutistischen Theorie von der Unverantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber gegenüber Regierung und Parlament mußte ich an das Wort aus Wallenstein denken: Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm glücklich abgequakt. Aber so wenig sich damals das Parlament von Bismarck imponieren ließ, so wenig sollte das Parlament es heute tun. Das Verbot hat später Jacobi und nicht Bismarck recht gegeben. Daß die militärischen Befehlshaber nur dem Kaiser verantwortlich sind, ist eine spätere Auslegung, das Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 selbst bejaht das nicht. In allen Debatten von 1849—51 wird als absolut selbstverständlich behandelt sowohl die Verantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber gegenüber der Staatsregierung als die Verantwortlichkeit der Staatsregierung gegenüber dem Parlament. (Hört! hört!) Nach dem Ministerialdirektor Dr. Lewald liegt es im Wesen des Kriegszustandes, daß

der Reichskanzler ausgeschaltet

ist. (Dr. Lewald nicht zustimmend.) Danach sollen also Recht und Gesetz durch die Militär der militärischen Befehlshaber ersetzt werden. Bei der Beratung des Gesetzes aber wollte man ausdrücklich nicht einen willkürlichen und gefüglosen Zustand eintreten lassen, sondern

eine gesetzliche Regelung, um den Machtvollkommenheiten der militärischen Befehlshaber Grenzen zu ziehen. (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arb.) Sonst hätte ja auch das Gesetz ganz kurz lauten können: alle Gesetze sind aufgehoben, auf die militärischen Befehlshaber geht jede Gewalt über, diese sind nur dem Könige verantwortlich. Statt dessen sagt der § 17 ausdrücklich, daß von jeder Suspendierung eines Gesetzes den Kammern sofort Rechenschaft gegeben werden muß. Wie aber soll die Regierung Rechenschaft geben, wenn sie keine Rechenschaft fordern kann, wenn die militärischen Befehlshaber ihr nicht verantwortlich sein sollen. In der preussischen und in der Reichsverfassung ist auch schlechthin von der Verantwortlichkeit der Minister und des Reichskanzlers die Rede und niemand zweifelt, daß diese Verantwortlichkeit dem Landtage respektive dem Reichstage gegenüber besteht. Auch im Gesetz über den Belagerungszustand handelt es sich selbstverständlich um die staatsrechtliche und politische Verantwortlichkeit. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) In der Kommission wurden Anträge gestellt, um die Verantwortlichkeit noch strenger festzulegen, doch ließ man die Verschärfungen fallen, weil man sie für überflüssig hielt. Dagegen heißt es im Kommissionsbericht, daß den Kammern Bericht zu erstatten sei, damit sie

nötigenfalls die Erhebung einer Anklage

veranlassen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Auch die preussische Regierung hat damals denselben Standpunkt als ganz selbstverständlich vertreten. Was will es demgegenüber belagern, daß Fürst Bismarck nachträglich 1870 verübt hat, dem Gesetz eine andere Auslegung zu geben. Bismarck hat oft den Ausweg gesucht, den obersten Kriegsherrn als Kriegsgeld zu benutzen. Der Fall ist ein Schulbeispiel dafür, wie der Reichstag ausgeschaltet werden soll. 1870 hat fast der gesamte Reichstag dagegen Stellung genommen. Wegen der Gewalttate gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand und Johann Jacobi forderte damals die freisinnige Demokratische Partei in einer Interpellation: Ausschluß über die Suspendierung der Verfassung, Rechenschaft gemäß des § 17 des Gesetzes über den Belagerungszustand, Ausschluß darüber, wie die Regierung die persönliche Verantwortlichkeit der militärischen Befehlshaber durchführte. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Bei der Verhängung der Interpellation, die mitten im Kriege stattfand, führte der freisinnige Abg. Dunder aus, daß der Reichstag über die Auslösung des Belagerungszustandes die Kontrolle auszuüben habe. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Auf das Schreiben Bismarcks mit der Theorie von der Unverantwortlichkeit der Regierung sagte er, es handelt sich nicht um eine Maßnahme der militärischen Kommandos, um Truppenbewegungen, sondern um Maßnahmen der Verwaltung gegenüber den Bürgern. Und wenn solche Uebergriffe vorgenommen sind, so müsse auch Ernst gemacht werden mit der persönlichen Verantwortlichkeit, von der das Gesetz spricht, ohne Ansehen der Person müsse sie gehandhabt werden, und die davon betroffenen Militärs werden nicht an ihrer Ehre verlieren, wenn sie das Gesetz des Vaterlandes für ebenso unantastbar erklären, wie den Boden des Vaterlandes. Der Abg. Windthorst sekundierte dieser Auffassung und charakterisierte die Bismarcksche Auslegung als die

Wachstuden-Jurisprudenz.

(Lebhaftes Hört! hört! und Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Und diese Wachstuden-Jurisprudenz ist nicht man und heute von neuem auf. Auch der Nationalliberale Miquel wandte sich gegen die Bismarcksche Auslegung. Uebel natürlich ebenfalls, nur der Konservative Wagner trat der Auslegung Bismarcks bei. Hätte die Debatte mit einem Mittrauensvotum abgesehen können, so wäre es der Regierung erteilt worden. Ob sich heute eine Reichstagsmehrheit dazu aufschwingen könnte, ist mir trotz aller großen Worte in der Kommission nicht klar. (Lebhaftes Zustimmung bei der Soz. Arb.)

Die Verhängung des Kriegszustandes ist vom Reichskanzler gegengezeichnet, und damit hat er die Verantwortlichkeit für die Beachtung der Gesetze übernommen. Gerade im Kriegszustand muß sich die Bedeutung der Gesetze zeigen, wie Windthorst damals treffend hervorgehoben hat.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes kann aber der Belagerungszustand gar nicht mehr aufrecht erhalten werden. Seine Verhängung ist nach dem § 1 nur in dem von Feinde bedrohten oder teilweise besetzten Gebiet vorgesehen. Seine Aufrechterhaltung im ganzen Reiche ist daher gesetzwidrig. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Auch 1870 wurde nur in den einer feindlichen Bedrohung ausgesetzten Teilen der Belagerungszustand verhängt. Der Reichstag muß also der Regierung zurufen, indem er unseren Antrag annimmt:

Zurück zum Gesetz!

(Lebhaftes Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Ist für Elisch-Lotbringen ganz oder teilweise der Belagerungszustand noch nötig, so ist im Gesetz über den Belagerungszustand in Elisch-Lotbringen von 1892 die Handhabe dazu gegeben. Nur gegen äußere Feinde ist die Verhängung des Belagerungszustandes gestattet. Ist es aber eine Sicherung gegen äußere Feinde, wenn man im Innern Recht und Gesetz aufhebt, und die eigenen Staatsbürger als Feinde behandelt? Selbst wenn der Belagerungszustand zu Recht bestände, dürften die kommandierenden Generale nicht so verfahren, wie sie es tun, denn auch dann fände ihnen nur die vollziehende Gewalt zu, nicht aber die Mißachtung und Aufhebung der Gesetze. Alle ihre Anordnungen müssen stets die unmittelbare militärische Verteidigung im Auge haben. Nur daraus erklären sich auch die dramatischen Strafandrohungen im § 9 des Gesetzes. (Sehr wahr! bei der Sozialdem. Arbeitg.) Es kann keine Rede davon sein, daß die Militärbehörde berechtigt sei, das Briefgeheimnis zu verletzen, wie es jetzt unangesehnt geschieht. Artikel 31 der preussischen Verfassung sagt: „Das Briefgeheimnis ist unverletzlich.“ Dieser Artikel gehört aber nicht zu denen, die die Militärbehörde während des Belagerungszustandes ausheben darf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die demnach ungesetzliche Verletzung des Briefgeheimnisses erinnert an die schlimmsten Zeiten des Absolutismus mit ihren „schwarzen Kabinetten“. Es steht fest, daß viele meiner Parteigenossen unter Briefkontrolle stehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso gesetzwidrig wie die Briefsperrre sind die individuellen Neudverbote. Dem davon Betroffenen wird sogar das Neben in internen Funktionärstagen verboten, auch wenn es sich um rein organisatorische Fragen handelt, deren Erörterung die militärische Sicherheit in keiner Weise berührt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sogar Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes sind davon betroffen worden. Dem Redaktor Wänker wurde vom Polizeikommissar selbst das Verlesen einer schriftlichen Erklärung in einer Funktionärversammlung verboten, in der er sich persönlich rechtfertigen wollte gegen Angriffe, die zu seiner Entlassung als Redakteur geführt hatten. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Soz. Arb.)

Es handelt sich bei diesem Vorgehen geradezu um Verletzung der Menschenwürde.

Was haben die Redendebote mit der militärischen Sicherheit des Reiches zu tun? Unserer Genossen Siech ist wegen „Verlegung“

das Medien im Corpsbezirk Hannover und Bekanntheit dieses Verbot unter Androhung der Schußhaft verboten (Hört! hört! h. d. Soz. Arb.), ebenso einer ganzen Anzahl anderer in der Jugendorganisationen tätigen Genossen und Genossinnen in Berlin, Stuttgart und an anderen Orten. In Stuttgart hat man sogar eine Weihnachtsfeier mit Kinderbesetzung verboten!

Mit der Schußhaft wird eine wahre Willkür- und Schreckensherrschaft getrieben. Das Belagerungszustandsgesetz gibt kein Recht zur Verhängung der Schußhaft. Wohl sind die Garantien der persönlichen Freiheit aufgehoben, aber es ist keine Rede davon, daß Hunderte und Tausende ohne Grund eingesperrt werden dürfen. Eine Autorität, die die persönliche Sicherheit nicht achtet, untergräbt sich selbst, raubt sich die Achtung, die sie viel besser schätzt als alle Gewalt. Auch die Militärbehörden sollten wissen, daß man auf Beiden nicht sitzen kann. Auch das Belagerungszustandsgesetz läßt Verhaftung nur bei zureichendem Grunde zu, schreibt ordnungsgemäße Unterbringung und Entlastung vor, wenn sich der Verdacht als unbegründet erweist. Heute aber sitzen auf schmutzigen Denkmälern Menschen grundlos in Schußhaft, obwohl sie freigeprochen sind oder der Staatsanwalt die Anklageerhebung gegen sie abgelehnt hat. Ihren Angehörigen, denen man die Ehre geraubt, erhalten keine Unterstützung, zum moralischen und gesellschaftlichen Ruin, zu Sorge undummer wird Hunger und Elend über sie verhängt. In Berlin sitzt seit sieben Monaten ein Mann in Schußhaft. Er hatte zivilrechtliche Differenzen mit einem in Frankfurt, die ihm mit ihren einflussreichen Verbindungen drohten und ihn schließlich, als er sich nicht fügte, beim Reichsanwalt wegen Spionage denunzierten. Dieser lehnte eine Verfolgung sogar ohne Vernehmung ab. — Der Mann sitzt seit sieben Monaten! (Stürmische Hört! hört! links.) Ein Journalist Jung, der beim Kriegsausbruch aus Frankreich zurückkehrte und sich als Freiwilliger meldete, aber untauglich war, wurde in München verhaftet, sah ein Jahr in Straßburg in Unterbringungshaft, ohne Angabe von Gründen, wie üblich, dann wurde er nach dem ihm fremden Minden ausgewiesen und durfte nicht einmal Mutter und Schwester wiedersehen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Julian Borchardt sah 53 Tage, eine Anzahl sozialistischer Frauen und Mädchen ohne Angabe der Gründe hier in Berlin in Schußhaft. Gegen den österreichischen Staatsangehörigen Sand hat man die unimliche Verhaftung erlassen, er wolle in Junituben Salvarian nach Rumänien ausführen. Deshalb wurde der Mann in Haft genommen. Er durfte seine geschäftlichen Angelegenheiten ordnen und in keiner Weise mit seinen Familienangehörigen zusammenkommen. Die Frau des Mannes vergiftete sich schließlich vor Verzweiflung wenige Tage vor Weihnachten. Sand wurde aber auch dann noch nicht zu ihr gelassen und durfte sie erst 50 Stunden nach ihrem Tode sehen. (Raute Hört! hört! und Entrüstungsdrüse bei den Sozialdemokraten.) Er selbst hatte durch diese Schicksalschläge schwer an seiner Gesundheit gelitten und war durch ein ärztliches Attest für unfähig erklärt worden. Trotzdem wurde noch ein anderes Urteil von Medizinalrat Dr. Leymann eingeholt und der erklärte Sand für unfähig. So wurde der schwerkranke Mann noch drei Monate in Haft gehalten. Endlich wurde er nach vielen Schwierigkeiten entlassen, aber zugleich ausgewiesen. (Mufe: Deutsches Recht! bei der Soz. Arb.) Nach der Haftentlassung wurde er sofort über die Grenze abgehoben, ohne daß man ihm Zeit gelassen hätte, seine Geschäfte zu ordnen oder mit seinen Familienangehörigen zu sprechen. (Whiruse.) Sieben Monate seines Lebens hat man dem Mann so geraubt, sein Familienglück und seine Ehre vernichtet. Wer sagt es, eine solche Barbarei hier rechtfertigen zu wollen! Dafür sollen die Militärbehörden nur dem Kaiser verantwortlich sein? Begreift man nicht, welche Konsequenzen eine solche Theorie heraufbeschwört? Gerade die Vertreter der Monarchie sollten dieser gefährlichen Theorie ein Ende machen, die taufendfachiges Blut auf das Haupt des Kaisers läßt und ihm kein Mitspracherecht für die Sünden der anderen macht. (Rebhafter Zustimmung bei der Soz. Arb.) — Rein, Soz. der Volkvertretung ist es hier

Wandel zu schaffen!

Die Volksvertretung hat dazu um so mehr Anrecht, als auch mehrere ihrer Mitglieder unter Verletzung ihrer Immunität von solchen Maßnahmen betroffen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Obwohl der Artikel 31 der preussischen Verfassung jeden Abgeordneten dagegen schützt, bei verfassungswidrigen solchen Maßnahmen unternommen worden gegenüber dem Kollegen Dr. Herzfeld. Er wurde, als er die Grenze nach der Schweiz mit einem ordnungsmäßigen Paß überschreiten wollte, trotzdem er auf seine Immunität als Abgeordneter hinwies, nicht bloß an der Ueberschreitung der Grenze gehindert, sondern auch einer eingehenden persönlichen Untersuchung unterzogen, wobei er sich bis auf den Hemd ausziehen mußte. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Man sand bei ihm nichts Belastendes. Man hatte auch von vornherein die Absicht, ihn nicht über die Grenze zu lassen, und deshalb hatte man auch kein Recht, ihn überhaupt einer Untersuchung zu unterziehen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Auf seine Anfrage bei den verschiedenen Behörden konnte er zunächst keine Auskunft über den Grund dieser Maßnahme bekommen. Schließlich wurde er an das Oberkommando der Marken und weiter an das Kriegsministerium verwiesen. Von dort bekam er die Mitteilung, die Maßnahme sei im Interesse der militärischen Sicherheit erfolgt. (Nachen bei der Soz. Arb.) Man bedient sich des Belagerungszustandes, um in gesetzwidriger Weise gegen politische unbequeme Leute vorzugehen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Als der Abg. Haegy Briefe an den Vizekanzler Dr. Delbrück richtete, in denen er sich dagegen wandte, daß ein Redakteur unrechtmäßig in Schußhaft genommen worden war, wurde ihm angedroht, er würde in Schußhaft genommen, ausgewiesen oder unter Polizeiaufsicht gestellt werden. (Raute Hört! Hört! Rufe und Bewegung.) Der ganze Reichstag müßte gegen ein solches Vorgehen Einspruch erheben. Schließlich hat man dem Währigen Kollegen Haegy den Gestaltungsbescheid zum Heeresdienst während der Tagung des Reichstags geschickt und wollte ihn sofort nach dem Osten abschicken. Das ist zweifellos gesetzwidrig. (Rebh. Just. d. d. Soz. Arb.) Man sollte einmal prüfen, ob nicht die von den militärischen Vorgesetzten sofort behauptete Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gerade durch ihre eigenen Anordnungen gefährdet wird, namentlich auch durch ihre Maßnahmen gegen die Presse. Herr Letzold sagte, Präventivzensur würde nur nach vorhergegangener Warnung verhängt. Ueber mein Blatt ist sie von Kriegsbeginn an verhängt worden und mit kurzen Unterbrechungen haben wir sie bis heute. Was die bürgerlichen Zeitungen bringen, dürfen wir nicht bringen. Unsere ganze Bevölkerung ist empört über das Vorgehen der Regierung in der Ernährungsfrage. Wir dürfen darüber nichts bringen — um die Bevölkerung nicht zu demütigen.

Ist das Weltfremdheit oder Hyndismus?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Man will unsere Blätter strafen für ihre Haltung vor dem Kriege, man sagt: Die ganze Richtung paßt und nicht, und deshalb treibt man Gefinnungszensur. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Die Anreizsorderungen der nationalliberalen Parteileitung drückten alle Berliner Blätter ab, dem Vorwärts wurde es verboten. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Friedensgesellschaft hat man ihre Verhandlung in Stuttgart gescheitert und jede Vertreibung ihrer Schriften verboten. (Hört! Hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Die Presse der Rechten dagegen kann ungehindert jeden Versuch einer Friedensvermittlung verhängen. Zorn und Erbitterung muß uns bei diesem Vorgehen erfassen. (Rebhafte Zustimmung bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Das deutsche Volk fühlt genau so, wie die anderen Völker, die gleichfalls in diesem entsetzlichen Blutbad geritten sind. Wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist, dann werden Sie

ganz andere Töne hören aus dem deutschen Volk,

als was aus der Petition Schäfer hervorklang. (Rebhafte Zustimmung bei der Soz. Arb.) Dann wird man ihnen im deutschen Volke begreiflich machen, daß es ablehnt, den Krieg auch nur eine Sekunde länger zu führen, nur weil wahnwichtige Anreizspolizisten die Grenzen des Deutschen Reiches am liebsten im Osten bis zum Ural und im Westen bis zum Atlantischen Ozean strecken würden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Wenn Dr. Dertel sagt: Kein saurer Frieden, nur ein Frieden durch den Sieg, so klingt und ganz dasselbe aus dem Lager der Entente entgegen. Weißt es dabei, würde man heiderseits nicht vernünftiger, dann wird dieser entsetzliche Krieg bis zum Weißbluten aller Völker gehen.

Das wollen wir nicht, wir wollen die Möglichkeit offener Aussprache für das Volk, damit alle Welt erkenne, daß das deutsche Volk, so sehr es sich gegen feindliche Vergewaltigung wehrt, ebenso sehr es ablehnt, irgend ein anderes Volk zu vergewaltigen. (Stürmische Zustimmung bei der Soz. Arb.) Das auszusprechen, hindert die Zensur alle Tage. Der Burgfrieden, unter dem angeblich alle Richtungen gleich behandelt werden sollen, er soll in Wahrheit den Sieg des Imperialismus über die Gedankenwelt des Sozialismus und Internationalismus sichern. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Die Gewaltthäter täuschen sich aber über den endgültigen Erfolg. Ihr tödtet nur das Wort, Ihr tötet nicht den Geist des Sozialismus, der Millionen Menschen in der Welt, draußen und hier in der Heimat, erfüllt! Diese Millionen wären unter dem Entgegen dieser Massenmorde längst zusammengebrochen, wenn sie nicht das Ideal des Sozialismus und der Völkerbrüderlichkeit aufrecht erhielten. Das gilt besonders für die Millionen Frauen, die hungern und darben, die sich härmten und grämen um ihre Männer, Söhne, Väter, die draußen dem Tode ins Auge sehen. Sie haben den inbrünstigen Glauben, daß dieser Zeit eine Zeit des Friedens, der Verständigung und der Menschenliebe folgen muß. Diesen Glauben aber sucht die Zensur den sozialistischen Frauen aus dem Herzen zu reißen. Ganz besonders wird die „Gleichheit“ verfolgt; in ihrer „Frauentagnummer“, die dem Frieden und dem Sozialismus gewidmet sein sollte, durfte mit keinem Wort auf den Frauentag hingewiesen werden. (Stürmische Empörungsrufe bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Die sozialistischen Frauen Deutschlands fühlen sich eins mit ihrem Organ, der „Gleichheit“, und mit ihrer Leiterin, der Genossin Petkin, die sie verehren und lieben wie eine Mutter. Man gewinnt oft den Eindruck, als ob die Zensur ihre Hauptaufgabe darin sieht, im deutschen Volk die Milch der frommen Denkungsart in ätzend Drachengift zu verwandeln. Hiergegen helfen nicht Ihre Resolutionen, sondern nur die glatte Aufhebung der Willkürdiktatur, die unser Antrag verlangt. Sie müssen dafür stimmen, denn die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes wie seine Handhabung verstößt gegen Recht und Gesetz. Das Interesse des Landes wird durch die Strafgesetze und das Spionagegesetz vom Juni 1914 genügend gewahrt, dies Gesetz bedeutet ja allein schon einen Galgen neben der Pressefreiheit. In allen Fragen militärischer Art hat die Presse sich von selbst die größte Zurückhaltung auferlegt, Verstöße sind nur vorgekommen in der Sensations- und Klatschpresse, gegen die aber die Zensur nicht ausgedreht wird. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Nehmen Sie unseren Antrag ab, so wird das Volk Sie für die Aufrechterhaltung der ungesetzlichen Zustände verantwortlich machen. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Das Bürgerrecht der aduntdvierziger Zeit, der Zeit der preussischen Verfassungsbereite und auch das Bürgerrecht der liberalen Ära der sechziger Jahre hätte sich diese militärische Diktatur nicht gefallen lassen. Ist Ihr Selbstbewußtsein als Volksvertreter schon soweit gesunken, daß Sie nicht mehr wagen, auf Ihrem Recht und Ihrer Pflicht zu bestehen? Sie haben Mittel, die Regierung zu zwingen. (Sehr richtig!) Noch niemals ist ein Parlament einer Regierung gegenüber in einer so günstigen Lage gewesen. Die Regierung braucht Ihre Zustimmung zu neuen Steuererlässen und zu neuen Kriegskrediten, sie kann es jetzt nicht auf einen schweren Konflikt mit dem Parlament ankommen lassen, wobei das Parlament das ganze Volk hinter sich hat. Der Reichstag ist stark, wenn er stark sein will. Die Regierung aber ist moralisch ohnmächtig, denn sie kann kein Klagegeld darüber anstimmen, daß sie zur Beachtung von Recht und Gesetz gezwungen wird. Der Reichstag hat die kostbarsten Güter des Volkes zu schützen, deshalb rufe ich Ihnen zu: **Reichstag werde hart!** (Rebh. Beifall und Handclatschen bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Ministerialdirektor Dr. Letzold:

In temperamentvoller Weise hat der Vortrager den Reichstag aufgefordert, die Steuererlässe und die Kriegskreditvorlagen abzulehnen und damit das Reich wehrlos zu machen. (Rebh. Zustimmung, Zuruf bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft: Lächerlich!) In der Sprache des Abg. Dittmann würde das eine Erpressung bedeuten. (Große Unruhe bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Die von dem Abg. Dittmann angeführten Fälle waren nur zum größten Teile nicht bekannt, ich werde am Dienstag darauf eingehen. Ich muß aber lebhaft bedauern, daß hier eine solche Rede gehalten wurde. (Rebh. Zustimmung, Abg. Ledebour (Soz. Arb.) ruft: Lächerlich!)

Hierauf vertag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Vorher kurze Anfragen, nachher Steuererlässe. Schluß 7¼ Uhr.

Die Ernährungsfragen

vor der Budgetkommission des Reichstags.

In der am Donnerstag fortgesetzten Beratung gab zunächst Präsident Kauz die Auskunft, daß Hafer und Gerste völlig aufgebraucht sind. Statt 8 Millionen Tonnen Hafer sind im vorigen Jahr nur 5,3 Millionen Tonnen geerntet worden, wovon 1,7 Millionen Tonnen der Heeresverwaltung überlassen worden sind. Die Ernte an Gerste betrug statt 2,5 Millionen nur 1,8 Millionen Tonnen. Das führte dazu, daß den Brauereien nicht einmal das Kontingent von 48 Proz. geliefert werden konnte. Voll eingehend waren in Höhe dieses Kontingents nur die bayerischen Brauereien. Im Sommer muß deshalb ein Mangel an Bier eintreten. — Die Regierung hat dafür gesorgt, der Nahrungsmittel-Industrie möglichst viel Getreide zur Verfügung zu stellen. So werden den Brauereifabriken monatlich 10 000 Tonnen Gerste geliefert. Unsere Vorräte an Kaffee sind knapp; es werden daher ebenfalls monatlich 10 000 Tonnen Gerste zu Ersatzfabrikaten zur Verfügung gestellt. In Höhe dieses Kontingents sind 10 000 Tonnen Melasse überwiesen worden. Der Bedarf der Heeresverwaltung an Futtermitteln ist bis zur nächsten Ernte voll gedeckt.

Abg. Dr. Pfleger (Z.) erörtert die Schwierigkeiten, die sich bei der Ablieferung des Getreides für die Landwirte ergeben haben. Die Verteilung der Gerste an die Brauereien in Bayern war praktischer als die im norddeutschen Brausteuergelände. Eine Unbilligkeit wäre es daher, wenn man jetzt den bayerischen Brauereien einen Teil ihrer Gerste wegnehmen wollte.

Präsident v. Batocki, der sich der Kommission vorstellt, bittet zu beachten, daß er in der schwierigsten Zeit sein Amt antrete. Wunderdinge solle man von ihm nicht erwarten; was aber in seiner Kraft liege, solle geschehen. Mit rührender Faust könne er jedoch nicht zerstören, was bis jetzt aufgebaut wurde. Ein Programm könne er im Moment nicht entwickeln. Jedenfalls werde eine bessere Verständigung mit der Militärverwaltung herbeigeführt. Es werden auch gewisse Widerstände der Bundesstaaten überwunden werden müssen. Von einem Diktator zu reden, sei Unfug; er habe keine Mittel, einen einzelstaatlichen Beamten, der passive Resistenz übe, zu einer anderen Haltung zu zwingen. — Er denke zum Beispiel an die Förderung der Massenpeinigung. Vorhandene Reserven müssen ohne Rücksicht herangezogen

werden. Dem Bürger wird mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, vor allen Dingen werde er sofort eine Zusammenstellung der Verordnungen bekommen. Die Versorgung der Großstädte ist schwierig. Die Interessen der Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte dürfen nicht zu sehr verletzt werden, sonst leidet die Produktion. In der Presse müsse gleichzeitig aufklärend gewirkt werden. Schließlich hänge alles von dem Ausfall der Ernte ab. Für den Betrieb der neuen Organisation müssen freilich erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Barm (Soz. Arb.): Im vorigen Herbst hat man von einer großen Ernte gesprochen und den Brauereien Mengen von Getreide gegeben, und jetzt erst gibt man zu, daß wir eine Mißernte hatten! Es besteht kein Zweifel daran, daß große Mengen Getreide der Volksernährung entzogen wurden. Die städtischen Arbeiter müssen den ländlichen Arbeitern im Brotverbrauch gleichgestellt werden. Auf dem Lande sind bestimmt noch Vorräte an Getreide vorhanden. Das ausländische Mehl, das im freien Verkehr teuer verkauft wird, stammt meist nicht aus dem Ausland, sondern ist von den Bäckern „ersatz“ worden. Auf keinen Fall darf man dulden, daß Strohmehl dem Brot beigemischt wird; lieber soll man das Getreide wieder schärfer ausmahlen. Die Reichsgetreidestelle verlangt Preise bis zu 80 Mk. pro Zentner Weizenmehl und verteuert dadurch die Produkte. Den bayerischen Brauereien darf ein Vorzug nicht eingeräumt werden. Insbesondere muß auch die Reichsgetreidestelle den Kommunen regelmäßig gutes Mehl liefern. Daran hat es in der letzten Zeit sehr gemangelt.

Unterstaatssekretär v. Stein rechtfertigt die Abgabe von Getreide an die Brennereien damit, daß die Abfallprodukte dieser Betriebe der Viehmast dienen. Man werde auch künftig wieder den Brennereien Getreide geben müssen, sobald die Brotversorgung gesichert ist. Daß Mehl in größeren Mengen verborgen ist, ist nicht richtig. Das Mehl, das als Auslandsmehl angeboten wird, stammt in der Tat aus dem Ausland.

Abg. Dr. Wendorf legt der Kommission eine Brotprobe aus Oranienburg vor. 2,2 Millionen Tonnen Brotgetreide sind verschwunden, ohne daß ihr Verbleib festgestellt werden konnte. Ohne Zweifel ist dieses Getreide verfrachtet worden.

Abg. Erzberger fragt nach der Höhe der Bestände der Heeresverwaltung, die nach Gerüchten zu viel aufgespeichert habe. Insekte, in denen Nahrungsmittel angeboten werden, sind zu verbieten, um den Kettenhandel zu unterbinden. Der Zwischenhandel auf diesem Gebiet muß beseitigt werden, dann werden Vorkommnisse vermieden, wie sie sich zum Beispiel in Leipzig abgepielt haben.

General v. Owen bestreitet, daß die Heeresverwaltung zu große Vorräte aufgestapelt hat.

Abg. Böhm (natl.) fordert die Beschlagnahme der in den Inzeraten angebotenen Lebensmittel. Der Regierung ist der Vorwurf zu machen, daß sie nicht genügend aufklärend wirkt.

Unterstaatssekretär v. Stein hält das für wenig erfolgreich; es sei aber bereits eine Presseabteilung für das neue Kriegsernährungsamt vorgezogen, der die Aufklärung übertragen werden soll. Die Unterbindung des Angebots von Nahrungsmitteln durch Insekte wird erwogen.

Abg. Arnkadi (L.) würde es für besser gehalten haben, wenn man für alle Getreidearten gleichmäßige Preise festgesetzt hätte; sonst besteht stets der Anreiz, den Teil des Getreides, der einen niedrigeren Preis hat, zu verfrachten. Die geforderte Nachzahlung für Hafer ist nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Das Auchenbaderbot war ein Fehler.

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.) unterstützt diese Ansicht, da der Genus des gewöhnlichen Auchen wirklich eine Ersparnis an Futter bedeutet.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß die Reichsfinanzverwaltung die größten Bedenken habe gegen eine Nachzahlung für Hafer. Wollte man den Hafer haben, dann müßte man entweder den Gendarm hinschicken oder 60 W. mehr zahlen. Man habe den letzteren Weg gewählt.

In der weiteren Debatte fordert Abg. Hoff (Sp.) nochmals Aufklärung über den Verbleib des fehlenden Getreides. — Unterstaatssekretär v. Stein gibt endlich die geforderte Auskunft: Am 16. November 1915 hätten vorhanden sein sollen 7 500 000 Tonnen; vorhanden waren 7 000 000 Tonnen. Das Risiko entfällt auf Hinterform. Das einige Millionen Tonnen Getreide verschwunden sind, ist nicht richtig. Sonstige Differenzen sind auf eine ungenaue Ernteschätzung zurückzuführen.

Abg. Dr. Koesfide (V. d. L.) nimmt die Landwirte in Schutz. Die Nachzahlung für Hafer muß erfolgen, wenn die Landwirte nicht unzufrieden werden sollen.

Ein Vertreter der Zentral-Einkaufsgesellschaft gibt dann Auskunft über die Einfuhr aus Rumänien. Mit Oesterreich-Ungarn ist ein Einkaufsvertrag geschlossen worden, um die Einfuhr einheitlich zu gestalten.

Präsident Kauz legt dar, daß der Bestand an Hülsenfrüchten nicht günstig ist; es fehlt die große Einfuhr aus Rußland. Die Vorräte wurden deshalb in Höhe von 20 000 Tonnen beschlaggenommen; eine erhebliche Vermehrung wurde noch durch die Einfuhr aus Rumänien erzielt. Die Vorräte gehen dann zur Verteilung an die Landeszentralen. In diesen Tagen gelangen wieder 10—12 000 Tonnen zur Verteilung. Reis ist ebenfalls nicht genügend vorhanden; auf weitere Zufuhr ist kaum zu rechnen.

Abg. Ebert (Soz.) bittet, bei Verteilung von Reis und Hülsenfrüchten die Rationierung anzunehmen und dafür zu sorgen, daß diese Produkte vorzugsweise der arbeitenden Bevölkerung zufließen. — Präsident Kauz sagt dies zu.

Die Kommission wandte sich nun der Beratung der

Kartoffelfrage

zu, mit der auch gleich die Braantweinfrage verbunden wird.

Ein Vertreter der Reichskartoffelstelle berichtet, daß nach der Bestandsaufnahme vom 26. April 122 Millionen Zentner Kartoffeln zur Verfügung standen. Man darf noch mit einer Zunahme von 10—12 Proz. rechnen. Dazu kommen dann im Juli die Frühkartoffeln. Bis in den August hinein ist der Bedarf gedeckt.

Abg. Ebert (Soz.): Die ungenügende Kartoffelversorgung hat große Erbitterung hervorgerufen. Leider hat man nicht dafür gesorgt, daß genügende Mengen auf den Markt gekommen sind. Die Regierung hat dieselbe Preispolitik getrieben wie beim Hafer. Sie hat trotz aller Versprechungen die Preise erhöht und damit eine Liebesgabe an diejenigen Landwirte gegeben, die ihre Kartoffeln zurückgehalten hatten. Die Verteilungsorganisation hat völlig versagt; sie funktioniert auch heute noch nicht, wie das Beispiel der Städte Hagen und Wismar zeigt, denen man angebliche Saatkartoffeln angeboten hat, für die bekanntlich keine Höchstpreise bestanden. Der Kartoffelbestand scheint ausreichend; es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Kartoffelration erhöht und das Verfrachten der Kartoffeln unterbunden wird. Die Verwendung von Kartoffeln zur Herstellung von Trinkbranntwein muß strikte verboten werden.

Ein Weheimat antwortet, daß in den Bezirken mit schwer arbeitender Bevölkerung eine Ration von anderthalb Pfund Kartoffeln pro Tag zugelassen werden soll. Eine völlige Aufhebung der Ration kann nicht in Aussicht gestellt werden.

In der Debatte wurde scharfe Kritik an der ganzen Art geübt, wie die Regierung die Kartoffelversorgung geregelt hat. Von einer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß die Spirituszentrale die Gelegenheit benutzte, durch langfristige Verträge mit den Winemern ihre Konkurrenten auszuschalten. — Unterstaatssekretär v. Stein teilt mit, daß seit 1. März Trinkbranntwein nicht mehr versteuert wird, also auch nicht in den Verkehr kommen könne.

Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Das Reichsvereinsgesetz.

Vom Pressebureau geht uns nachstehender Bericht zu: Die Vereinsgesetzkommission des Reichstags beendete am Donnerstag ihre Arbeiten. Der polnische Abg. Seyda begründete den Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagrafen: Während des Krieges sei von einer preussischen Behörde eine Verammlung, in

der in polnischer Sprache ein Vortrag über Dantc gehalten werden sollte, verboten worden. Auch ein Vortrag über die Bekämpfung der Cholera sei nicht zugelassen worden, weil der Redner polnisch sprechen wollte. Mehrere Frauen, die an einem auf der Landstraße stehenden Kreuz in polnischer Sprache laut für ihre im Felde stehenden Männer gebetet hätten, seien von einem hinzukommenden Gendarmen auf Grund des Sprachenparagraphe des Vereinsgesetzes fortgewiesen worden. Die von der Regierung vorgelegte Novelle werde den polnischen Gewerkschaften keinen Nutzen bringen, denn diese erkläre man schon deshalb für politisch, weil sie aus Polen beständen und in ihren Versammlungen polnisch sprächen.

Ministerialdirektor Lewald erklärte, die von Sebda vorgebrachten Fälle über die Anwendung des Sprachenparagraphe hätten ihn „dunkelt“. Der Vortrag über Dantc habe schon deshalb nicht verhindert werden dürfen, weil wissenschaftliche Vorträge nicht unter das Vereinsgesetz fielen. Habe ein Gendarm sich nicht abhalten lassen, gegen betende Frauen so, wie berichtet wurde, vorzugehen, so mißbillige er dies. Ein Berufsverein dürfe nicht deshalb für politisch erklärt werden, weil er aus Polen bestehe, die sich in den Versammlungen der polnischen Sprache bedienen. — Zu der Frage der Ueberleitung von dem bisherigen zu dem neuen gesetzlichen Zustande bemerkte der Redner: Wenn die von der Regierung vorgelegte Novelle zum Vereinsgesetz verabschiedet sei, würden die früher für politisch erklärten Gewerkschaften berechtigt sein, zu verlangen, daß die sie zu politischen Vereinen kempelnden Verfügungen aufgehoben würden, und daß die zuständigen Behörden abwarten, ob die Gewerkschaften sich in Zukunft rein politisch betätigen würden.

Dr. Cretzel deutete an, daß der preussische Kultusminister im Staatsministerium gegen die Regierungsvorlage gestimmt habe. Er rief wiederholt den Gegnern des Sprachenparagraphe, dessen Aufhebung zu beschließen, und berriet, daß er über die Aufhebung des Sprachenparagraphe viel eher mit sich reden lasse als über den Inhalt der vorliegenden Novelle. Uebrigens habe auch Herr v. Heydebrand erklärt, daß die Wünsche der Polen bei der Neuorientierung wohlwollend geprüft werden sollen.

Auf wiederholte Anfragen, ob die Novelle auch auf Vereine von Staatsangestellten und auf Beamtenvereine sich beziehe, erklärte Ministerialdirektor Dr. Lewald, daß Vereine von Arbeitnehmern, die im Dienst des Staates ständen, ganz gleich welcher Art ihre Tätigkeit sei, unter das Gesetz fielen; daß dagegen Beamtenvereine nicht zu den in § 17a des Gesetzes genannten Vereinen gehörten, da sie nicht die Erlangung gütiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckten. Uebrigens habe die Novelle für diese Vereine keine Bedeutung. Das Vereinsgesetz habe für politische Vereine, wenn man davon absähe, daß sie ihre Satzungen und das Verzeichnis ihrer Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde überreichen müßten, nur die eine Fessel, daß sie Mitglieder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten, nicht aufnehmen dürfen. Diese Beschränkung komme aber für Beamtenvereine nicht in Betracht, da es so junge Beamte nicht gebe.

Da Dr. Lewald wiederholt mit Nachdruck erklärte, daß die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf nicht annehmen würden, wenn der Reichstag durch Aufhebung des Sprachenparagraphe oder in anderer Weise ihn erweitern, beantragten die Zentrumsmitglieder der Kommission, in einem besonderen Gesetzentwurf die Aufhebung des Sprachenparagraphe zu beschließen. Zur Begründung dieses Antrages führte Abg. Gröber aus, es solle dem Bundesrat die Stellungnahme zur Frage des Sprachenparagraphe zur Pflicht gemacht werden. Dieser Paragraph könne und müsse noch während des Krieges beseitigt werden. Abg. Strzoda habe auf Veranlassung des Landrats seines Heimatkreises vor polnischen Bauern Vorträge über die Volksernährung, Kartoffel- und Getreidebau gehalten. Selbstverständlich habe er sich dabei der polnischen Sprache bedient. Als der Landrat hiervon erfuhr, habe er Strzoda unterjagt, weitere Vorträge zu halten. Solcher Wut und Unrat, wie er auf diesem Gebiet zu finden sei, müsse fortgesetzt werden. Der neue Staatssekretär solle sich zur Reinigung des Augiasstalles eines eisernen Fensens bedienen.

Abg. Dr. v. Laszewski (Polen) teilte im Anschluß hieran mit, daß dem Reichstagsabgeordneten Kloss ein Vortrag, den er in Posen über den Papst Benedikt in polnischer Sprache halten wollte, verboten worden sei. Drei Tage nach dem Tage, an dem der Vortrag hätte stattfinden sollen, sei ihm vom Minister des Innern, an den er sich mit einer Beschwerde gewandt hatte, mitgeteilt worden, daß das Verbot unbegründet gewesen sei. v. Laszewski habe dann seinen Vortrag in Gnesen halten wollen, und dort sei er ebenfalls verboten worden. Im Hygienischen Verein für Mütter in Posen habe ein polnischer Arzt einen Vortrag über ansteckende Krankheiten nicht in polnischer Sprache halten dürfen.

Genosse Legie trat für den Antrag Gröber ein. Die von der Regierung vorgelegte Novelle habe gewiß keine große Bedeutung, aber daß sie eine Besserung des bestehenden Zustandes bringe, könne nicht bezweifelt werden.

Abgeordneter Sipe (Z.) führte aus, daß die Novelle eine schätzbare Preis beseitigen wolle und deshalb politische Bedeutung habe. Der Gesetzentwurf zeige Vertrauen zu den Gewerkschaften, und dieses sei berechtigt. Denn bei den ersten, in den Gewerkschaften aller Richtungen organisierten Männern sei die Jugend besser aufgehoben als auf der Straße oder in der Kneipe. Die Novelle werde die Gewerkschaften auch davon abhalten, rein politische Fragen zu verhandeln, da die Folge einer Ueberschreitung der ihnen gezogenen Grenzen der Verlust der Jugendlichen sein würde.

In der Abstimmung wurde zunächst der konservative Antrag, der auf unbedingte Fernhaltung der Jugend von den Gewerkschaften abzielt, gegen 4 Stimmen der Konservativen und der Zentrumsabgeordneten v. Frandenstein und Kossmann abgelehnt. Ferner wurde der Antrag der Polen, der Regierungsvorlage die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Vorschriften des Vereinsgesetzes über politische Vereine nicht aus dem Grunde auf Gewerkschaften angewendet werden dürfen, weil diese aus Reichsangehörigen nicht-deutscher Nationalität beständen, mit allen gegen die zwei Stimmen der Antragsteller abgelehnt. — Mit dem gleichen Stimmenverhältnis erfolgte die Ablehnung des polnischen Antrags, zu bestimmen, daß auf Gewerkschaftsversammlungen der Sprachenparagraphe keine Anwendung finden dürfe. — Die Anträge der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Regierungsvorlage eine andere Fassung zu geben, und ferner die Aufhebung des Sprachenparagraphe, des Jugenparagraphe und der der Koalition der Landarbeiter und Diensthilfen feindlichen Bestimmungen des Vereinsgesetzes in die Novelle einzufügen, wurden mit allen Stimmen gegen diejenigen der Antragsteller und der Polen abgelehnt. — Für den Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagraphe stimmte auch Freiherr v. Frandenstein.

Angenommen wurde der Antrag Gröber, den Sprachenparagraphe in einem besonderen Gesetzentwurf aufzuheben, mit allen gegen 6 Stimmen (Konservative, Nationalliberale, Deutsche Fraktion), und sodann die Regierungsvorlage mit allen gegen 8 Stimmen (Konservative, Polen, Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die Zentrumsmitglieder v. Frandenstein und Kossmann).

Von den von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Resolutionen wurden diejenige, die sich gegen die Zulässigkeit landesrechtlicher Eingriffe auf dem Gebiete des Vereinsrechts aussprach, mit allen gegen 11 Stimmen (Sozialdemokraten und Polen), diejenige, die die Befreiung des Jugenparagraphe fordert, mit 15 gegen 12 Stimmen (Sozialdemokraten, Polen und dem fortschrittlichen Weinhausen) abgelehnt. Die anderen sozialdemokratischen beantragten Resolutionen wurden angenommen: diejenige, die die Befreiung der gegen die Landarbeiter und das Gesinde bestehenden Ausnahmestimmungen bezweckt, mit 14 sozialdemokratischen, polnischen und fortschrittlichen Stimmen gegen 12 Stimmen der anderen Parteien; die Resolution, welche eine andere Bestimmung des Begriffs des politischen Vereins fordert, mit 15 sozialdemokratischen, polnischen und fortschrittlichen gegen 11 Stimmen der anderen Parteien.

Die fortschrittliche Resolution auf Beschränkung des Disziplinarrechts wurde mit allen gegen 4 Stimmen der Konservativen

und der Deutschen Fraktion, die gleichfalls von der fortschrittlichen Volkspartei eingebrachte Resolution, die die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts fordert, mit 20 gegen 6 Stimmen (Konservative, Deutsche Fraktion und der Nationalliberale Abg. Jund) angenommen.

Die Kommission trat hierauf sofort in die zweite Lesung des Entwurfs ein und wiederholte die vorstehend wiedergegebenen Beschlüsse.

Feststellung von Kriegsschäden.

Die Weiterberatung in der Kommission begann beim § 4. Kleine Zuwendungen aus Liebesgaben-Sammlungen sollen bei den Schadenseinstellungen nicht in Anrechnung gebracht werden. Dagegen soll niemand, der bereits aus anderen öffentlich-rechtlichen Korporationen seinen Schaden gedeckt erhalten hat, aus Reichs- oder Staatsmitteln nochmals einen Schadenersatz bekommen.

Der § 5 setzt fest, wer Schadenanprüche erheben kann. Als solche gelten Eigentümer oder wer sonst die Gefahr eines zufälligen Unterganges der vermieteten oder beschädigten Sache trägt. Wenn der Geschädigte den Antrag nicht stellt, so können auch dinstlich Berechtigte (Hypothekengläubiger) den Antrag stellen. Wer die Reichsangehörigkeit nicht besitzt, bedarf zur Stellung des Antrages der Genehmigung des Reichsanwalters.

Die Nationalliberalen und die Freisinnigen stellten den Antrag, daß als Geschädigte auch die dinstlich Berechtigten angesehen werden können, während die Konservativen beantragten, daß die Schadenseinstellungen nicht pfindbar seien. Beide Anträge wurden mit der Regierungsvorlage angenommen.

Der § 6 stellt die Feststellungsbehörden fest. Es sollen Ausschüsse, Ortsausschüsse und Reichsausschüsse gebildet werden.

Die Sozialdemokraten beantragten: „In den Ausschüssen tätige Geschädigte dürfen in eigener Sache nicht mitwirken.“ Ferner einen Absatz zu dem § 6 zu beschließen: „Ueber die Tätigkeit der Ausschüsse, Oberausschüsse und des Reichsausschusses sowie über die ausbezahlten Entschädigungen und die verfolgten Feststellungen der Schäden ist dem Reichstag alljährlich zu berichten.“

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beantragte: Im § 6 hinter dem Wort „Handwerk“ einzufügen „und Arbeiter“. Ferner sollen frühere Reichsangehörige zugelassen werden.

Der Zweck dieser Anträge ist, daß auch Arbeiter in den Feststellungsausschüssen vertreten sein wollen.

Aus den Ausführungen der Regierungsvorlage war zu entnehmen, daß diese Absicht bestand, ohne daß es ausdrücklich betont war.

Die Weiterberatung wird auf nächste Woche vertagt.

Politische Uebersicht.

„Reichstag werde hart!“

Die gestrige Fortsetzung der Reichstagsdebatte über Belagerungszustand und Zensur brachte wiederum eine erdrückende Fülle neuen Materials über unsere inneren Zustände. Selbst der konservative Herr Dertel übte eine scharfe Kritik an der Zensur, schwächte sie aber durch allerlei dem Ernst der Sache wenig angemessene Wiße wieder ab. Er war besonders erboht wegen des Verbots der Petition des Geschichtsprofessors Schäfer und eines Artikels des Herrn v. Heydebrand. Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes schreckte er jedoch zurück. Ihm antwortete kurz wegen des Heydebrand-Artikels Herr v. Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der Nationalliberale Hirsch-Effen sprach in ähnlichem Sinne wie Herr Dertel. Auch er kritisierte sehr scharf die Handhabung der Zensur, besonders wegen der Behinderung, die sie der Agitation der Alldeutschen und verwandter Seelen nach seiner Behauptung bereitet. Er brach seinen Ausführungen ebenfalls die Spitze ab durch die Erklärung, nicht für die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmen zu können. Nach ihm nahm der neue Herr im Reichsamt des Innern, Herr Dr. Helfferich das Wort, um in ganz derselben Weise, wie es bisher bei allen Zensurdebatten im Reichstage geschehen ist, für die Regierung zu erklären, daß die Zensur zwar ein Uebel, aber ein notwendiges sei, der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden könne und die Militärbefehlshaber nur dem Kaiser verantwortlich seien. Er berief sich dafür auf ein Schreiben Bismarcks aus dem Jahre 1870 an Johann Jacoby.

Ministerialdirektor Lewald spann dann diesen Faden weiter und suchte im einzelnen die im bisherigen Verlauf der Debatte erhobenen Beschwerden zu entkräften. Nachdem der Reichsparteiler Mertin in ähnlichem Sinne wie Herr Dertel und Herr Hirsch seinem „Herzen Luft gemacht“ hatte, wie sein Lieblingsausdruck lautet, nahm die Debatte eine andere Wendung.

Als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kam bald nach 5 Uhr der Genosse Dittmann zum Wort und hielt bis 7 Uhr eine wuchtige Anklage gegen das ganze System des Militärabsolutismus im Innern. Gegenüber dem Staatssekretär Dr. Helfferich betonte er, dessen Rede habe Aufklärung darüber geschaffen, daß unter dem neuen Kurs alles beim alten bleibe. Herr Helfferich habe dem Fürsten Bismarck zwar trefflich abgedankt, wie er sich geräuspert und gespuckt, aber Bismarcks Kurassierstiefel dürften ihm doch kaum passen. Das Gericht habe 1870 Bismarck unrecht und Jacoby recht gegeben. Die absolute Theorie von der ausschließlichen Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber sei nachträglich von Bismarck aufgebracht worden. Bei der Schaffung des Gesetzes seien sich Landtag und Regierung einig gewesen, daß die Militärbefehlshaber der Regierung und die Regierung dem Parlament verantwortlich seien. Das habe er durch eingehendes Studium der Akten des preussischen Abgeordnetenhauses zweifelsfrei festgestellt. Der Redner zitierte zahlreiche Beweisstellen dafür. Er wies dann weiter nach, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gegen das Gesetz sei, das ihn nur „in vom Feinde bedrohten oder schon besetzten Gebieten“ und nur zum Zwecke der rein militärischen Verteidigung gestatte. Ebenso stände die Handhabung der Verbotsbefugnis aus § 9b des Gesetzes in schroffem Widerspruch zum Willen des Gesetzgebers, was der Redner ebenfalls aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes nachwies. Die Ungeheuerlichkeit und die Handhabung der Briefzensur, der Redewerbote, der Schughaft und der Zensur unterwarf Genosse Dittmann einer scharfen Kritik. Die Schughaftfälle, die er anführte, bewegten sichtlich das ganze Haus. Bei der Zensurkritik behandelte er besonders ausführlich das Vorgehen gegen die Frauentagsnummer der „Gleichheit“. Gegenüber Herrn Dertels „Frieden durch den Sieg“ vertrat er den Gedanken des „Frieden ohne Bergewaltigung eines Volkes“.

Genosse Dittmann hatte seine ganze Rede darauf angelegt und spitzte sie besonders zum Schluß darauf zu, nachzuweisen, daß der Reichstag das Recht und die Pflicht

habe, dem Militärabsolutismus ein Ende zu machen. Deshalb müsse der Antrag, den Belagerungszustand aufzuheben, angenommen werden. Der Reichstag habe die Macht dazu, wenn er nur wolle. Die Regierung brauche seine Zustimmung zu den Steuerentwürfen, zum Reichsbudget und zu den Kriegsfrediten. Diese Trümper brauche der Reichstag nur auszubilden, und die Regierung müsse nachgeben. Der Redner schloß, er wisse zwar, daß niemand über seinen eigenen Schatten springen könne, aber er rufe dem Reichstage zu: „Reichstag werde hart!“

Die Debatte wurde darauf vertagt auf Dienstagmittag 11 Uhr.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

trat am Donnerstag vor Beginn der Vollsitzung zusammen, um über die Geschäftslage zu beraten. Man einigte sich dahin, mit Rücksicht auf die noch vorliegenden Arbeiten der verschiedenen Ausschüsse die Vollsitzungen am Freitag, Sonnabend und Montag ausfallen zu lassen, um den Ausschüssen Zeit zu ihren Beratungen zu geben. Die nächste Vollsitzung wird am kommenden Dienstag, vormittags 11 Uhr, stattfinden mit der Tagesordnung: Steuerentwürfe. Man hofft, diese Entwürfe in zwei Sitzungen der Vollversammlung erledigen zu können.

Weiter beschäftigte sich der Seniorenkonvent mit dem Schluß der Reichstagsession; es wurde dabei festgestellt, daß der 8. Juni jedenfalls der früheste Termin wäre, an dem der Schluß möglich sei.

Kritik des Steuerkompromisses.

Das „Berl. Tagebl.“ übt an dem Steuerkompromiß eine scharfe Kritik, die der unsrigen nahekommt. Es schreibt:

„Man wird den fatalen Eindruck nicht los, daß der Reichstag päpstlicher sein wolle als der Papst und den Verbündeten Regierungen höhere Steuern auf dem Präsentierteller darzubringen sich entschlossen hat, als sie selbst zu hoffen oder auch nur zu fordern wagten.“

Trotz aller dieser kleinen Korrekturen bleibt es dabei, daß der bewilligungsfreudige Reichstag noch weit über die ursprünglich geforderten 480 Millionen der Verbündeten Regierungen hinausgegangen ist. Wir können es beim besten Willen nicht als eine Aufgabe des Reichstags ansehen, die Reichsregierung in ihren Forderungen noch zu übertrumpfen.“

Über das Bedenkliche an dieser aus dem Handgelenk gemachten Finanzreform ist, daß sie durchaus die Tendenz hat, die Steuerreform, die nach dem Kriege kommen muß, auf ein falsches Gleis zu schieben. Denn gerade das, was an ihr zukunftsfräftig ist, die direkte Besteuerung vom Einkommen und Vermögen durch das Reich, ist zur Einmaligkeit verdammt. Das war ja auch die Absicht der Verbündeten Regierungen. Durch die ganze Fassung der Kriegsteuer mit der fiktiven Gewinnbesteuerung sollte der Weg zu künftigen direkten Reichssteuern verbaut werden. Dieser Weg geht einmündig in den Tod. Man braucht deshalb nicht zu verzweifeln. Alle Schwüre in der Richtung, daß die Einzelstaaten niemals auf die ausschließliche Besteuerung der Einkommen und Vermögen verzichten werden, dürften sich als hinfällig erweisen; denn Not bricht Eisen. Es ist tatsächlich nicht einzusehen, wie künftig die direkte Besteuerung durch das Reich sollte vermieden werden können. Aber dieser gerade Weg ist durch die Kriegsgewinnsteuer in ihrer jetzigen Fassung verbarrikadiert worden. Es wäre wohl fäher und weislicher gewesen, der natürlichen Entwicklung ein Ventil zu öffnen, als sie aufhalten zu wollen. Sie könnte sich eines Tages mit Gewalt Bahn brechen.“

Lücken im Kriegsgewinnsteuergesetz.

In einem Artikel, der in mehreren Berliner Blättern abgedruckt wird, wird auf erhebliche Lücken im Kriegsgewinnsteuergesetz hingewiesen. Zunächst wird die Befürchtung ausgesprochen, daß die Zwischenhändler und Vermittler, die keinen festen Geschäftsbetrieb haben, aber doch Riesengewinne einstecken können, von der Steuer nicht erfaßt werden, weil ihre regulären Einnahmen der Beranlagungskommission nicht bekannt werden. Es wird gefordert, in das Kriegsgewinnsteuergesetz gesetzliche Vorschriften einzufügen, nach denen allen Kaufleuten und Fabrikanten auszugeben wird, in ihrer Steuerdeklaration die Namen der Vermittler anzugeben, mit denen sie in Geschäftsbeziehungen gestanden haben; außerdem sollen sie verpflichtet werden, die Höhe der Vermittlergebühren mitzuteilen. Dadurch glaubt man die Kommissionsäre, Zwischen- und Kettenhändler mit ihren Gewinnen fassen können. Eine andere Lücke wird darin gesehen, daß keine Vorbeuge gegen die Abwanderung der Kriegsgewinne ins Ausland getroffen sei. Leute, die nicht durch Besitz einer Fabrik, eines offenen Geschäftes oder von Grundstücken an Deutschland gebunden seien, könnten leicht mit ihrem gesamten Gewinn ins Ausland gehen und ihn auf diese Weise die Steuer entziehen. Es wird zur Verhinderung solcher Abwanderungen vorgeschlagen, die Behörden anzuweisen, erst dann Auslandspässe auszustellen, wenn der Antragsteller eine amtliche Erklärung der zuständigen Beranlagungs-Kommission oder Steuerbehörde beibringt, daß er die Kriegsgewinnsteuer voll entrichtet, für sie Sicherheit geleistet oder nicht Kriegsgewinnsteuerpflichtig ist.

Keine Teilung des Reichsamts des Innern.

Eine offizielle Nachrichtenstelle wendet sich gegen die Erörterungen in der Presse, die besagen, daß aus Anlaß des Beschlusses in der Leitung des Reichsamts des Innern und der Schaffung eines Reichsernährungsamts die Teilung des Reichsamts des Innern erfolgen werde. Die Ausführungen der offiziellen Stelle gipfeln in dem Schlusssatz, in absehbarer Zeit sei kaum auf eine Teilung des Reichsamts des Innern zu rechnen; ob sie überhaupt einmal zustandekommen werde, erscheine noch recht fraglich.

Gerhard Hildebrand und die Partei.

In der Nummer des „Vorwärts“ vom 7. d. M. besprachen wir unter der Ueberschrift „Wie die Sozialdemokratie unschädlich gemacht werden soll“ nach dem „Reichsboten“ einen Artikel des früheren Sozialdemokraten G. O. Hildebrandt in Nr. 17 der „Reformation“. In einem Parteiblatt ist darauf irrtümlich angenommen worden, daß der Verfasser dieses Artikels identisch sei mit dem aus der Partei ausgeschlossenen Gerhard Hildebrandt. Dieser erklärt nun in dem betreffenden Blatt, daß er dem wiedergegebenen Artikel fernstehe.

Das tägliche Brot.

Brotzulage für Schwerarbeitende.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Fleischverbrauch bedarf zunächst der Einschränkung, um für den Herbst und Winter genügend schlachttreies und Milchvieh zu besitzen. Die Ernährungsschwierigkeiten sind dadurch vermehrt. Um so weit als möglich zu helfen, hat sich das Direktorium der Reichsgroßgetreidestelle mit Zustimmung des Kuratoriums entschlossen, den Bundesstaaten eine größere Menge Mehl außerhalb des Verteilungsplans zur Ver-

Stadtverordnetenversammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Mai 1916, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet.

In den Ausschuss für die Vorlage betreffend die Zurückstellung von Bauarbeiten für das Rechnungsjahr 1916 sind auch die Stadtverordneten Fischer, Glode, Mann, Mehl (Soz.) deputiert.

Stadtver. Liebermann (Linke) berichtet über die Ausschussverhandlungen betreffend die Einrichtung einer

städtischen Fürsorge für ganz oder teilweise erwerbslos gewordene Textilarbeiter und -angestellte.

Die Magistratsvorlage ist im wesentlichen unverändert geblieben, weitgehende Abänderungsanträge, namentlich auf Erhöhung der Stundenentschädigung, hat die Ausschussmehrheit abgelehnt. Für die heutige Plenarberatung sind von den Sozialdemokraten die meisten dieser Anträge wieder aufgenommen worden.

Stadtver. Brückner (Soz.): Namens meiner Freunde und der von uns vertretenen Gewerkschaftler muß ich erklären, daß wir selten von dem Ergebnis einer Ausschussberatung so wenig befriedigt worden sind wie von dem vorliegenden. Alle Anträge, auf die wir Wert legen mußten, sind abgelehnt worden. Das ist um so bedauerlicher, als alle diese Anträge durchaus im Bereich des Möglichen und Erfüllbaren lagen. Wir nehmen diese Anträge wieder auf, um eine Stellungnahme der Versammlung zu erzwingen. Wir beantragen, es sofort in § 2 ausdrücklich festzusetzen, daß dem Magistratskommissar ein Ausschuss beigegeben wird, der aus dem Magistratskommissar für die Arbeitslosenfürsorge als Vorsitzenden und je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bilden ist. Wir glauben uns zu dieser Forderung um so mehr berechtigt, weil bereits in dem Normalentwurf der Regierung auf den kommunalen Fürsorgeausschuss verwiesen wird, „in dem bereits für eine angemessene Vertretung auch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesorgt ist“. Aus dieser unserer Fassung des Antrages geht ohne weiteres hervor, daß der Ausschuss neben dem Kommissar der entscheidende Faktor ist. Weiter beantragen wir: „Zur Unterstützung des Ausschusses sind die Gewerkschaften heranzuziehen.“ Gleich nach Ausbruch des Krieges waren es die Gewerkschaften, die ihre Mittel zur Unterstützung der erwerbslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen einsetzten; Millionen sind für die Arbeitslosenunterstützung von ihnen aufgewendet worden. Wenige Monate danach hat man in Regierungskreisen lebhafte Worte der Anerkennung für die Tätigkeit der Gewerkschaften gefunden, selbst im preussischen Landtage, und das will viel sagen; und hier, wo es nunmehr gilt, den Worten die Tat folgen zu lassen, da versagt der Magistrat und der Ausschuss! Geben Sie sich keiner Täuschung hin: in den Arbeiterkreisen, nicht zum wenigsten in den Gewerkschaftskreisen wird dieser Standpunkt sehr wenig gemüßigt werden. Im September 1914, als die dankenswerten Erwerbslosenunterstützung in Berlin eingeführt wurde, stützte man sich von Stadt wegen auf die Gewerkschaften und nachher haben der Oberbürgermeister und der Stadtrat sich erklärt, daß sie ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht mehr missen möchten. (Stadtver. Adolf Hoffmann: Der Wobe hat seine Schuldscheit getan, der Wobe kann gehen!) Rein, so weit gehe ich nicht, so pessimistisch bin ich nicht, es sei denn, daß ich durch einen Beschluß der Versammlung eines anderen belehrt werde. (Stadtver. Adolf Hoffmann: Da kommt Du auch noch hin!) Bei der praktischen Durchführung sind Sie ja doch auf die Gewerkschaften angewiesen. Jetzt wird vorgeschrieben, der gänzlich vom Betriebe losgelöste Textilarbeiter soll trotzdem zu seinem früheren Arbeitgeber gehen und dort die Unterstützung im Empfang nehmen. Da gehen wir weiter, wir beantragen: „Besteht für Arbeitnehmer kein Beschäftigungsverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber, so führt die Gewerkschaft zur Rechnung der Stadtgemeinde die Berechnung und Zahlung der Unterstützungen aus, ebenso durch ihren Nachweis die Kontrolle des Arbeitslosen.“ Wir sehen eben die Sache nicht mit der bloßen Meldung und mit dem Geldabholen für erledigt an; wir wollen auch einen gewissen Zwang auf ihn ausüben, sich Arbeit zu verschaffen, indem wir ihn der Kontrolle des Arbeitsnachweises unterwerfen. Dafür ist der Arbeitsnachweis des Textilarbeiterverbandes zuständig. Glauben Sie, der Verband wird sich die Arbeit aufhalten lassen, wenn Sie ihm sonst jede Mitwirkung versagen? Mißbräuche sind absolut nicht zu befürchten; sind doch bei der allgemeinen Erwerbslosenunterstützung den Gewerkschaften hunderteausende vertrauensvoll zur Verfügung gestellt worden! Weiter fordern wir die Erhöhung der Sätze für die Stundenentschädigung. Die Sätze der Vorlage genügen auf keinen Fall; die Lebensmittelpreise haben einen unerhörten Stand erreicht, der Geldwert ist kolossal gesunken, es muß zu einer noch größeren Unterernährung kommen, wenn der Arbeiter nicht durch eigene Schuld, sondern durch Maßnahmen der Regierung veranlaßt ist, eine erheblich verkürzte Zeit zu arbeiten. In einem Gemeinderat ist freilich erklärt worden: Die Textilarbeiter stehlen uns Sonnabends das Holz, und dafür sollen wir sie bestrafen! Hier wird ja niemand solchen Anschauungen huldigen; aber es ist doch bezeichnend, daß in der Zeit des „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche“ solche Äußerungen laut werden. Mit den nach unserem Antrag erhöhten Sätzen würde Berlin auch nicht etwa allein; in Leipzig und München werden auch Sätze gezahlt, die einigermaßen denen entsprechen, die wir fordern. Gewiß soll man mit dem Geld von Reich und Staat vorsorglich wirtschaften, aber nicht vorsorglicher, als mit dem eigenen Geld der Kommune; es handelt sich hier eben nur um eine Veranlagung. Wir beantragen endlich, daß anderweit bezogene Unterstützungen nicht anzurechnen sind. Wir bleiben auf der Auffassung stehen, daß die Kriegsunterstützung unteilbar ist. Ich konstatiere hier aber, was im Protokoll fehlt, daß der Magistrat im Ausschuss hat erklären lassen, daß die Hinterbliebenenrente nicht in Anrechnung kommen soll und daß Ehefrauen nicht schlechter gestellt werden sollen, als sie vordem gefunden haben. Nehmen Sie unsere Anträge an und erwidern Sie nicht den Anschein, daß man darüber leicht hinweggeht, weil es sich um Arbeiter handelt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtver. Friedberg (Fr. Fr.): Wir stimmen für die Ausschussvorlage; die weitergehenden Anträge lehnen wir ab.

Stadtver. Jacobi (Linke): Wir haben in Berlin verhältnismäßig sehr viele Textilarbeiter und eine Arbeitslosigkeit in größerem Umfang ist ganz ausgeschlossen. Es handelt sich um eine kleine Zahl weiblicher Personen, das ist alles. Tritt die Frage einmal bezüglich der Konfektion an uns heran, so werden wir uns das anders zu überlegen haben.

Stadtver. Maas bestätigt die hinsichtlich der Anrechnung im Ausschuss abgegebenen Magistratsklärungen.

Bürgermeister Dr. Reide: Eine Animosität gegen die Gewerkschaften liegt uns absolut fern; vielmehr wird sich bei der Ausführung wahrscheinlich das Gegenteil herausstellen. Bei der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung handelte es sich um eine von den Gewerkschaften mit ihren Mitteln schon ausgebauten Organisation, wozu wir Zuschüsse gaben; hier handelt es sich um Geld von Staat und Reich. Der Ausschuss, den die Herren wollen, ist ja in anderer

Form vorgesehen; er wird gerade den Arbeiterorganisationen auch die Möglichkeit des Mitsprechens gewähren.

Stadtver. Brückner: Wollen Sie denn so inkonsequent sein, die Mitarbeit einer Organisation wie der Gewerkschaften abhängig zu machen von der Zahl der Arbeitslosen? Das wird in Arbeiterkreisen noch weniger verstanden werden. Ein großer Teil der vor dem 1. Februar arbeitslos Gewordenen hat schon Unterstützung durch ihre Organisation erhalten; wenn jetzt nur die allgemeine Fürsorge in Frage kommt, so scheiden Sie diese Organisierten aus, nehmen ihnen, was sie vor dem 1. Februar bis zum heutigen Tage gehabt haben. Das wird ganz und gar nicht verstanden werden. Machen Sie sich doch diese Inkonsequenz klar! Nun wird auf die Vororte verwiesen, die hätten sich gegen höhere Sätze ausgesprochen. Die Vororte haben sich oft auch um Berlin nicht gekümmert, ich erinnere nur an Charlottenburg im Punkte der Fleischversorgung; hier aber paßt es dem Magistrat und der Mehrheit, sich auf die Vororte zu berufen. Bedeutet die Textilindustrie für Berlin so wenig, so sollten Sie doch für diese Arbeiter um so eher ihr warmes Herz befehlen können, weil die Ausgabe dann nicht allzu groß ist. Man lehnt aber in Wahrheit die höheren Sätze ab, weil man, wenn einmal die Unterstützung der Konfektionsindustrie in Betracht kommt, über diese niedrigen Sätze nicht hinausgehen will. (Unruhe.) Sprechen Sie doch offen aus, was ist! (Beifall bei den Sozialdemokraten; Unruhe bei der Mehrheit.)

In der Abstimmung werden die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt, derjenige betr. die Gewerkschaften in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 39 Stimmen. Mit der Minderheit stimmen auch die Stadtver. Dr. Nathan, Rosenow, Max Schulz und Ullstein. — In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage nach den Ausschussanträgen angenommen.

Der Petitionsausschuss hat über eine Reihe von Petitionen beraten und schriftlichen Bericht erstattet. Die Petition um Offenhaltung des vorhandenen Durchganges durch die Markthalle II nach der verlängerten Charlottenstraße tagüber für den Fußgängerverkehr soll dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden. Die Petition der Ruhegedempänger der städtischen Straßenreinigung um Gewährung einer Kriegsteuererleichterung will der Ausschuss dem Magistrat zur Verfügung überweisen. Die Bureauclerikale, Assistenten und Magistratsangestellten haben um die Jubiläumsgelöbungen an die mittleren Beamten und um entsprechende Erhöhung der jetzt bei 2500 M. gezogenen Einkommensgrenze bis auf 3000 M. petitioniert; der Ausschuss beantragt, die Petition dieser Beamtenvereine dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen.

Die Ausschussvorlage werden angenommen.

Für die Sparkasse der Stadt Berlin bringt der Magistrat den Entwurf einer neuen Satzung in Vorschlag, der Schwerfälligkeiten und Hemmnissen in der Verwaltung beseitigen und den Sparförm durch zweckmäßige Neuerungen fördern will. Vor allem soll eine beschleunigte Abfertigung der Sparer erzielt werden. Die Beschränkung auf die Einwohner Berlins wird fallen gelassen, desgleichen die Beschränkung der Gesamteinlage auf ein Sparbuch; Sparmarken und Sparprämien sollen eingeführt werden.

Von sämtlichen Fraktionen wird Ausschussberatung beantragt. Die Vorlage geht nach kurzer Debatte an einen Ausschuss, der sofort ernannt wird und dem auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Cohn, Dünge, Manasse, Mann und Schulz III angehören.

Der Fortführung der Armenspeisung vorläufig bis zum 30. Juni 1916 hat der Magistrat zugestimmt und 90 000 M. dafür angewiesen, die als Kriegswohlfahrtsmaßnahme auf Vorshukonto verbucht werden sollen.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso ein Antrag der Sozialdemokraten, die Armenspeisung auch über den 1. Juli fortzusetzen, wozu der Magistrat sich schon vorher durch den Mund des Stadtrats Dofflein event. bereit erklärt hatte.

Schluss 8 Uhr.

Gerichtszeitung.

Milchpantofferei.

2100 M. Strafe wegen fortgesetzter umfangreicher Milchpantoffereien verhängte gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bennewitz über den Milchhändler Friedrich Müller in Schöneberg, dessen Ehefrau und dessen Stieftochter und Verkäuferin Marie Gärtner.

Müller betreibt in der Ragstraße 27 in Schöneberg ein Milchgeschäft, in dem er, seiner eigenen Angabe gemäß, täglich 400 bis 500 Liter Milch verkauft, wobei ihm die beiden weiblichen Mitangehörigen helfen. Wegen Müller hat schon einmal ein Strafverfahren wegen Milchverfälschung geschwebt. Eine Beauftragte der Kriminalpolizei hat in der Zeit vom Dezember 1915 bis Februar 1916, ohne daß sie erkannt wurde, wiederholt „Vollmilch“ in dem Müllerschen Geschäft gekauft, die dem Sachverständigen Prof. Dr. Juckenack zur Untersuchung übergeben wurde. Diese Untersuchung ergab, daß diese sogenannte „Vollmilch“, für die 30 Pf. für das Liter bezahlt werden mußte, in diesen Fällen enthielt nur 20 bis 25 Proz. Wasser. Diese Milch mußte also als verfälst gelten. Die Angeklagten behaupteten, daß die Milch von ihnen so verkauft worden sei, wie sie von den Milchproduzenten geliefert worden sei. Da sich aber herausgestellt hat, daß die Milch von betrreffendem Gute in tadelloser Verfassung hierher geliefert wurde und nach den Beobachtungen der Kriminalpolizei auch auf dem hiesigen Hofhofe eine Verwässerung der Milch nicht vorgenommen worden ist, so muß dies erst im Geschäft des Angeklagten geschehen sein. — Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt die Schuld der Angeklagten für erwiesen. Mit Rücksicht auf den Umfang des Müllerschen Geschäfts und darauf, daß derselbe täglich 400 bis 500 Liter Milch verkauft wurden, man sich daher leicht berechnen könne, wieviel Geld durch den Zusatz von Wasser in die Tasche des Angeklagten geflossen sein muß, beantragte der Staatsanwalt gegen Müller sechs Monate Gefängnis, gegen Frau Müller 600 M., gegen die Stieftochter Gärtner 20 M. Geldstrafe. — Das Gericht hielt ebenfalls eine nachdrückliche Strafe für geboten und verurteilte das Ehepaar Müller zu je 1000 M., die Gärtner zu 100 M. Geldstrafe. Das Gericht bestimmte ferner, daß Müller das Urteil in der Mitte der Schaufensterreihe im Innern seines Ladens, so daß es von außen deutlich zu sehen ist, auszuhängen hat und verfügte außerdem die Bekanntmachung des Urteils in der „Deutschen Tageszeitung“ und dem „Schöneberger Tageblatt“.

Zum Repperprozess.

Zu dem Prozeß gegen den Darlehensvermittler Karl Winkler bittet uns der als Zeuge vernommene Herr Eichbaum mitzuteilen, er sei nicht „Lehrmeister“ des Winkler gewesen. Winkler sei im Jahre 1905 im Zeitungverlag „Der Deutsche Volkswirtschafts-Markt“, der Herrn Eichbaum gehörte, als Reisender angestellt gewesen und habe später die „Deutsche Credit- und Discontobank“ übernommen. Als Inhaber eines Bankgeschäfts habe er Winkler einen höheren Discontokredit zur Verfügung gestellt, ihm diesen jedoch sofort entzogen und den Geschäftswert bereits im Jahre 1908 abgedröckelt, als er dessen Geschäftsgebahren erkannte. Die zur Anlage stehenden Sachen seien unter der von Winkler gegründeten Berliner Credit- und Immobilienengesellschaft u. Co., kommanditiert Dr. med. Dammann, entstanden. Herr Eichbaum habe sein früheres Bankgeschäft nach soliden Grundsätzen betrieben und im Geschäftsverkehr mit der Reichsbank gestanden.

fühlung zu stellen, um für die kommenden Wochen den unter den jetzigen Verhältnissen besonders auf Brotmangel angewiesenen Bevölkerungskreisen, namentlich der industriellen Arbeiterklasse und den minderbemittelten Schichten in den größeren Städten eine außerordentliche Brotzulage gewähren zu können. In ähnlicher Weise sollen vom Beginn der Heuernte ab die landwirtschaftlichen Arbeiter bedacht werden. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunalverbände erfolgt in Preußen durch die Regierungspräsidenten, in den anderen Bundesstaaten durch die Landes-Zentralbehörden.

Die Reichsgetreidestelle ist zu dieser Maßnahme — abgesehen von der etwas vermehrten Einfuhr aus dem Ausland und einer Ermäßigung der Anforderung der Heeresverwaltung — einmal durch den pünktlichen Eingang des größten Teils der von den Kommunalverbänden abzuliefernden Brotgetreidemengen, dann aber auch durch die verständnisvolle Mitarbeit der Kommunalverbände, wie der Verbraucher selbst bei Durchführung der vorgeschriebenen Verbrauchsbeschränkung in den Stand gesetzt worden. Immerhin bedeutet die jetzt bereit gestellt Menge das Höchstmögliche, dessen ohne Gefährdung der laufenden Brotversorgung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte allenfalls entbehrt werden kann. Das Direktorium vertraut daher, daß seine Maßnahme nicht zu Mißdeutungen in der Öffentlichkeit Anlaß geben und insbesondere nicht die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit weiterer sparsamer Wirtschaft mit unseren Brotgetreidevorräten und sorgfamer Beachtung der behördlichen Verbrauchsregelung erschüttern wird. Nur die bisherige Sparsamkeit hat das jetzige helfende Eingreifen ermöglicht.

Beschränkte Freigabe von Kaffee und Tee.

Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel hat kürzlich bekanntgegeben, daß diejenigen Mengen an Rohkaffee und Tee, für die bisher die Uebernahme nicht ausgesprochen ist, zum Verkauf an die Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Großhandels abgegeben werden dürfen, die ihrerseits unmittelbar an den Verbraucher liefern. Im Einzelfalle darf nur 1/2 Pfund gerösteter Kaffee mit mindestens der gleichen Menge Kaffee-Ersatzmittel und 125 Gr. Tee verabreicht werden. Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarette usw.) erhalten an Kaffee nur die Hälfte desjenigen Quantums in wöchentlichen Raten, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht, zuzüglich der gleichen Menge Ersatzmittel, ebenso an Tee die in den drei letzten Monaten festgestellte Durchschnittsmenge. Kaffeemischungen müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Ersatzmittel enthalten. Der Preis für 1/2 Pfund gerösteten Kaffee und 1/2 Pfund Kaffee-Ersatzmittel darf zusammen 2,20 M. nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu stellen. Der Preis für Tee beträgt pro Pfund 4,50 M. bezollt für lose Ware und 5 M. im Paket. Bessere bis feinste Sorten Tee dürfen der Qualität entsprechend zu höheren Preisen verkauft werden, jedoch nicht höher als 8 M. das Pfund für lose Ware und 8,50 M. für gepackte Ware. Das Mischungsverhältnis muß bei Kaffee — wie bei Mischungen von schwarzem und grünem Tee auf der Umhüllung angegeben werden und der Verkaufspreis ist je nach der Mischung entsprechend niedriger zu stellen.

Der Kriegsausschuss droht denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Ersatzmitteln und sonstigen Mischungen sowie den Verkäufern von Tee, die die obigen Bedingungen nicht einhalten, Abnahme ihres gesamten Vorrats an.

Aus der Bekanntgabe erhellt nicht, was unter Ersatzmitteln verstanden wird. Daß Zichorie ein solches Ersatzmittel ist, wird allseitig bestritten. Wer Zichorie haben will, kann sich solche besonders kaufen, nicht aber sollte er gezwungen werden, Zichorie als Ersatzmittel zu nehmen.

Die Bundesstaaten und das Kriegsernährungsamt.

Wie der „Württembergische Staatsanzeiger“ mitteilt, ist bei den Bundesratsverhandlungen von der sogenannten Lebensmittelkategorie Sicherheit gegeben worden, daß die Rechte und berechtigten Interessen der Bundesstaaten die ihnen zukommende Beachtung finden, daß insbesondere in die Versorgungseinrichtungen der einzelnen Staaten, die sich bedroht haben, nicht ohne zwingenden Grund eingegriffen werden soll.

Die Butterversorgung der Kinder und Kranken.

Bei der Einführung der Butterkarten war vielfach gellagt worden, daß von den Gemeinden den Kindern ein geringerer Butteranteil zugewiesen wurde als den Erwachsenen. Die Gründe für diese Maßnahme wurden kürzlich in einem Rundschreiben des Ministers des Innern bekanntgegeben, der auch die Zuteilung einer größeren Buttermenge an Kinder und Kranke den Gemeinden überlassen will. Der Erlaß lautet:

Die Kinderbeschäftigung der Kinder gegenüber den erwachsenen Personen bei der Zuteilung von Butterkarten ist den Gemeinden in dem Rundschreiben vom 18. Februar 1916 bedwegen anheimgestellt worden, weil Kinder nach den Bekanntmachungen zur Regelung der Milchpreise und des Milchverbrauchs vom 4. November und über den Maßstab für den Milchverbrauch vom 11. November 1915 bei der Verteilung der vorhandenen Milchmengen vorzugsweise berücksichtigt werden sollen. Jedoch können die Gemeinden auch abweichend von diesen Grundfähren Kinder in gleicher Weise wie Erwachsene bei der Verbrauchsregelung behandeln. Die betreffende Bestimmung des Rundschreibens vom 18. Februar 1916 soll, wie aus ihrem Wortlaut klar hervorgeht, nicht ein unbedingtes Gebot, sondern nur eine Anregung für die Gemeinden bedeuten. — Die Gemeinden haben, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, ferner dafür zu sorgen, daß Kranken, verwundeten oder genesenden Personen, die nach ärztlicher Verordnung auf stärkeren Buttergenuß angewiesen sind, eine größere Buttermenge zugeteilt wird. Besondere Berücksichtigung ist auch auf die Krankenanstalten, Sanatorien, Genußmischungsheime usw. zu nehmen. Die Deckung des sich hieraus ergebenden Butterbedarfs muß aber mit den zur Verfügung stehenden Buttermengen erfolgen. Eine Mehrzuweisung von Butter für diesen Zweck kann nicht in Aussicht gestellt werden.

Frauenhilfe in der Ernährungsfrage.

Der Stadtrat zu Altenburg hat angeregt, einen aus Frauen bestehenden Ernährungsausschuss zu bilden, der sich in regelmäßigen Sitzungen mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt und dem städtischen Ausschuss Wünsche und Vorschläge übermittelt.

Keine Obstausfuhr.

Gegenüber der Besorgnis, es werde ähnlich wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahre Obst zur Ausfuhr gelangen, wird gemeldet, daß für dieses Jahr die Ausfuhr aller Arten von Obst, ob frisch oder getrocknet, mit aller Schärfe verhindert wird.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reußkolln. Für den

Aus Groß-Berlin.

Neuregelung der Butterversorgung.

Anmeldung zur Kundenliste durch Zuckerkarte.

Wie bereits angekündigt, hat sich die Butterversorgungsstelle Groß-Berlin zur größeren Sicherheit zu einer durchgreifenden Neuregelung der Butterversorgung entschlossen.

Der Bindung des Käufers an ein ganz bestimmtes Geschäft und der Einführung einer den jeweils vorhandenen Buttervorräten angepaßter Rospportion. Ferner soll die bisherige Beschränkung des Verbrauchs der Kinder beseitigt und ihnen dasselbe Quantum Butter — ohne Rücksicht auf das Alter — wie den Erwachsenen zugeteilt werden, nachdem die Staatsregierung karggestellt hat, daß in dieser Beziehung den Gemeinden freie Hand gelassen sei.

Die Zuckerkartenstücke sind vom Kleinhändler an die Großhändler bis spätestens Mittwoch, den 31. März 1916, gegen Quittung abzuliefern. Die Großhändler haben die Zuckerkartenstücke und Durchschläge der den Kleinhändlern erteilten Quittungen der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin, Poststr. 16, bis spätestens Freitag, den 2. Juni 1916, mittags 12 Uhr abzuliefern.

Die Durchführung dieser Verordnung setzt die verständige Mitwirkung des Publikums voraus. Da jeder nunmehr in einem bestimmten Geschäft die seiner Anmeldung entsprechende Butter vorfindet, und nur soviel Butter auf den Kopf verteilt ist, als nach den vorhandenen Vorräten angängig ist, haben Ansammlungen auf der Straße keinen Zweck mehr und werden nicht weiter gebuldet werden.

Wegen der Ausstellung voller Butterkarten für Kinder erfolgt noch eine besondere Veröffentlichung.

Der Butterbezug nach Nummern.

In einigen Stadtbezirken ist der Verkauf gemacht worden, zur Entnahme von Butter Nummern auszugeben. Das hat sich nicht bewährt, denn nun standen die Leute, um Nummern zu erhalten. Bei Ausgabe der neuen Butterkarten, die zum Einkauf in einem bestimmten Geschäft berechtigen werden, dürfen die Karten von vornherein am zweckmäßigsten mit Nummern versehen werden.

Es wird außerdem berichtet, daß die Absicht besteht, für Kranke, gebrechliche Personen, die nicht stehen können, sogenannte „Vorzugskarten“ auszugeben. Das dürfte zu schweren Reibungen führen — der einzige Weg bleibt der, daß eine Garantie für jede Butterkarte besteht, auch Butter zu erhalten.

Wie zur Fleischkartenausgabe.

Der Magistrat hat bekannt gegeben, daß vom 1. Juni ab Fleischkarten für die gesamte Berliner Bevölkerung ausgegeben werden sollen. Diese Fleischkarten sollen Geltung haben bei dem Schlächter, bei dem der Käufer sich bis zum Dienstag in die ausgelegte Kundenliste hat eintragen lassen unter Abgabe des Protokollmittels. Ob am 1. Juni die Karten zur Ausgabe gelangen, steht noch dahin.

Protokollarten zu verabsolgen. In diesem Falle hatten die Käufer in der laufenden Woche einschließlich des Sonntages keinerlei Anspruch auf Fleisch oder Fett, und der Magistrat dürfte ihnen kaum noch helfen können.

Es wäre also das Nichtigste gewesen, wenn die Einzeichnung in die Listen unter Abgabe des Protokollmittels erst am Montag begonnen hätte, dann wären solche verstimmenden Wirkungen vermieden worden.

Wie zur Ausgabe der Fleischkarte soll Fleisch nur gegen Vorzeigung der Karte abgegeben werden und zwar in dieser Woche ein halbes Pfund. Die städtischen Schweine sollen allen Labenschlächtern überwiesen werden, aber es stellt sich schon jetzt heraus, daß keinerlei Kontrolle besteht und es soll tatsächlich Schweinefleisch wieder in die Böckelkäse wandern.

Vorbereitungen für die Ausgabe der Fleischkarte.

Am Dienstag war die Frist für die Anmeldungen für die Kundenliste der Fleischer abgelaufen. Soviele bis jetzt erkennbar ist, sind die Anmeldungen ordnungsmäßig vor sich gegangen. Die Fleischer hatten darauf am Mittwoch die sämtlichen bei ihnen eingegangenen Anmeldungen dem Magistrat zu übermitteln.

Am kommenden Sonnabend wird wiederum vom Magistrat die Fleischkartenausgabe bekannt gegeben werden, welche nach Maßgabe der Viehzufuhr für die nächste Woche festgesetzt werden kann.

Legilarbeiterfürsorge der Stadt Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern über die Legilarbeiterfürsorge der Stadt zu beschließen. Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf kam aus dem Ausschuss zurück, ohne daß an ihm etwas Wesentliches geändert war. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion so wenig wie diesmal von einer Ausschussberatung bedrängt worden, führte Genosse Brückner aus.

Teure Ziegen.

Von den verschiedensten Seiten wird an die Bevölkerung die Aufforderung gerichtet, da wo es irgend möglich ist, Ziegen oder Kaninchen zu ziehen. Wer aber dieser Aufforderung nachkommen und die schönen Vorschläge in die Praxis umsetzen will, erlebt die größten Enttäuschungen.

Teile mit, daß eine Ziege hier durch unsere Stelle zu haben ist. 95 Mark der heutige Preis. Wenn Geld eingeschendet wird, erfolgt Zusendung.

Wie dem Volke der Reis entzogen wird.

Dem „L. L.“ wird geschrieben: Das neueste sind Reiskonserven! Sollte man so etwas für möglich halten? Ein Nahrungsmittel, das den Vorzug besitzt, sich ohne jedes künstliche Zutun so zu erhalten, wie es ist, das muß „konserviert“ werden.

Nicht nur mit dem Reis werden derartige, das Produkt in der unerhörtesten Weise vertuernden Manipulationen vor-

genommen, sondern mit zahlreichen anderen Lebensmitteln. Aus der Postlage des Volkes verstehen zahlreiche Existenz Geld zu machen.

Margarineverkauf. Zu unserer gestrigen Notiz über den Verkauf der städtischen Margarine sei noch mitgeteilt, daß die Margarine außer in den dort erwähnten Geschäften auch in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins erhältlich ist.

Einmachezucker knapp!

Die Anträge auf Zuweisung von Einmachezucker sind in allen Gemeinden Groß-Berlins in so außerordentlich zahlreicher Menge eingegangen, daß die Behörden schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß eine volle Zuweisung der beantragten Mengen ausgeschlossen erscheint.

Wie dieses Sparmaßnahme von den Hausfrauen fertiggebracht werden soll, wird allerdings nicht verraten.

Ueberhaupt ist schon bei der Aufnahme von Anträgen auf Verabfolgung von Einmachezucker ein sehr eng begrenzter Personenkreis in Betracht gezogen worden, so daß der größte Teil der Hausfrauen von vornherein ausschied.

Gegen Wucher mit Baumwolle.

Ueber Wucher mit freien Baumwollspinnstoffen oder Garnen wird von vielen Seiten Klage geführt. Verwendungsfreie baumwollene Auslandsstoffe und Garne sind neuerdings außerordentlich im Preise gestiegen.

Im Freigabe des Angelas im Teltow-Kanal haben eine Anzahl Berliner Einwohner beim Landratsamt des Kreises Teltow petitioniert. Sie begründen ihre Wünsche mit dem Hinweis auf die gesunde Wirkung des Angelaportis und mit der Notwendigkeit, bei der Fleischknappheit sich Fischgerichte aus dem fischreichen Teltowkanal zu verschaffen.

Ueberschreitungen der Höchstpreise.

Fast täglich veröffentlicht das Polizeipräsidium Fälle von Verstößen gegen die Höchstpreise. Das sind aber immer nur Einzelfälle. Viele machen sich nicht erst die Mühe, nach der Polizei zu gehen und ihre Wahrnehmungen dort zur Kenntnis zu bringen.

Dieser Hinweis könnte nach den verschiedenen Richtungen hin sehr heilsam wirken, da viele Käufer die Beschwerdestellen nicht genau kennen und den Weg zur Polizei nur ungern gehen.

„Knacker“ in der Krankenkasse.

Geldschrankbrecher suchten in der vergangenen Nacht die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse in der Gartenstraße 16/17 heim. Sie stiegen von einem Nebengrundstück her über die Mauer, zertrümmerten an zwei Fenstern eine Scheibe, riegelten dann die Fenster auf und gelangten so in die im Erdgeschoß gelegenen Kassenräume.

Zahllose betrogene und bestohlene Kriegerfrauen in Groß-Berlin, namentlich in den westlichen Vororten, hat der von drei Staatsanwaltschaften stöckerbüchlich verfolgte und gestern von der Schöneberger Kriminalpolizei verhaftete 30-jährige frühere Kirchenorganist und Schneidermeister Andreas Emilinski auf dem Gewissen. Zu der raffiniertesten Weise verschaffte sich S. die Adressen seiner polnischen Landsleute, die im Felde stehen, und mietete sich bei deren in Groß-Berlin anässigen Frauen ein.

Kleine Nachrichten. Ein schmerzhaftes Kopfweiden trieb die 60 Jahre alte Frau Verta Böttner vom Luisenpark 40 in den Tod. Die Frau wurde vor vier Wochen als unheilbar aus dem Krankenhaus entlassen und äherte seitdem wiederholt Selbstmordgedanken.

dem Sturz einen Bruch des rechten Armes erlitten. Der Verunglückte fand im nahen Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme.

In einem Straßenbahnwagen wurde gestern eine Frau vom Tode ereilt. Die Frau hatte gegen 1 Uhr nachmittags einen Straßenbahnwagen der Linie 72 benutzt und wurde in der Brenzlauer Promenade plötzlich von einer Dömmacht befallen. Ein hinzugerufener Arzt konnte jedoch nur noch den inzwischen wohl infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen. Die Persönlichkeit der Verstorbenen, die etwa 65 Jahre alt ist, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulagen in Neukölln.

Die Kriegsnostandskommission setzte in ihrer letzten Sitzung die Teuerungszulagen für Beamte, Bedienstete und Lehrpersonen mit einem Gehalt von 3000—3600 M. wie folgt fest: bei einem Kind monatlich 8, zwei Kindern 14 und bei drei und mehr Kindern 18 M. Die Angestellten mit einem Gehalt von 3600—4000 M. erhalten bei zwei Kindern 8 und bei drei und mehr Kindern 14 M. pro Monat. Die städtischen Arbeiter mit kinderreichen Familien erhalten neben der bisherigen Zulage noch eine Extrazulage, die 10 Pf. pro Tag und Kind bis zum 16. Lebensjahre beträgt. Die Extrazulage wird vom 1. April ab gezahlt.

Abgabe von Teigwaren in Schöneberg.

Die Stadtgemeinde Schöneberg bringt jetzt Teigwaren (Kudeln usw.) zum Verkauf. Die mit dem Verkauf betrauten Geschäfte sind durch Preisauswärtige in den Schaufenstern kenntlich gemacht. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abtrennung des Abschnittes D der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt wird 1 Pfund abgegeben. Es ist zu hoffen, daß die Abgabe von Teigwaren vorläufig dauernd wird erfolgen können.

Gemeindefriegsläden in Pankow.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich mit Anträgen unserer Parteigenossen, die Maßnahmen für Massenlieferung und bessere Ausnutzung der Rieselgüter im Interesse der Volksernährung vorzuschlagen. In der Begründung der Anträge wies Genosse Schmidt darauf hin, daß für den kommenden Winter die Lebensmittelteuerung und die schon jetzt stetig steigende Not ganz ungewöhnlichen Umfang annehmen dürfte und selbst im Falle einer baldigen Beendigung des Krieges noch auf lange hinaus außerordentliche Maßnahmen erforderlich werden. Aufgabe der Gemeinde sei es, diese rechtzeitig zu ergreifen. Durch ausreichende Versorgung der Notleidenden mit warmem Essen könne Linderung eingegriffen werden, sei es durch Übernahme und Ausbau der bestehenden Friegsläden durch die Gemeinde oder noch besser durch Errichtung eigener leistungsfähiger Gemeindefriegsläden. Auch sei die Einführung fahrbarer Küchen zu erwägen, wiewohl die bisherigen Erfahrungen mit diesen und die bei ihrer Benutzung gebotene Einschränkung der Mannigfaltigkeit der Speisebereitung hierzu nicht sonderlich ermutigen könnten. Des Weiteren sei zu prüfen, ob nicht die Erträge der Pankower Rieselgüter mehr als bisher der Volksernährung direkt zugeführt und die Anbaufläche nach dieser Richtung besser ausgenutzt werden könnte.

Der stellvertretende Bürgermeister Stadtrat Stawitz empfahl das Weiterbestehen der Friegsläden in der bisherigen Form und befürwortete eine von diesen erbetene Erhöhung des monatlichen Zuschusses der Gemeinde. Dagegen trat er warm für Errichtung eigener Gemeindefriegsläden ein und schlug vor, bis zur schleunigen Inbetriebnahme letzterer zunächst die bisherigen Friegsläden für diesen Zweck herzurichten. Diese und die Friegsläden würden voraussichtlich dem derzeitigen Bedarf genügen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den fahrbaren Küchen könne er sich für deren Anschaffung nicht erwärmen. Bezüglich der besseren Ausnutzung der Rieselgüter im Interesse der Volksernährung wies Redner darauf hin, daß schon bisher im Sinne des Antrages verfahren und wohl nicht viel mehr herauszuholen sein werde, immerhin soll auch hier das noch Mögliche getan werden. — Die umfangreiche Aussprache ergab allseitige Uebereinstimmung mit dem Prinzip der Anträge und den von Herrn Stadtrat Stawitz vorgeschlagenen Maßnahmen und Ergänzungen. Da auch unsere Genossen diesen ohne Bedenken zustimmen konnten, erfolgte einstimmige Annahme ihrer Anträge in der abgeänderten Form. Mit der sofortigen Inangriffnahme der Durchführung wurde eine aus zwei bürgerlichen Vertretern und unserem Genossen Gahmann bestehende Kommission betraut, die sich nach Bedarf durch Sachverständige usw. ergänzen soll. Der monatliche Gemeindefriegszuschuß an die Friegsläden wurde von 1000 M. auf 1500 M. erhöht. — Weiter bewilligte die Vertretung zur Errichtung von vier Lagerung von Lebensmitteln notwendig gewordenen Kühlräumen auf dem Grundstück des alten Wasserwerkes die Summe von 30 000 M.

Wahlvereinsversammlung in Stralau.

Am 23. Mai fand die Generalversammlung des Bezirks Stralau statt, die zunächst den Jahresbericht entgegennahm. Danach waren am 1. April 261 Mitglieder vorhanden, darunter 41 weibliche. Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: 1. Bezirksführer Wendke, 2. Bezirksführer Joh. Walter, Kassierer Reinhold Walter, Schriftführer Pfeiffer, Revisoren Mienendorf, Pfeiffer und Bloch, Bibliothekar Jacob, Abteilungsleiter Joh. Walter, Geißler, Mienendorf, Pfeiffer, Lesabendeleiterin Genossin Hünike und Kinderjugendkommission Genossin Philipp. Den Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung wurde einstimmig zur Pflicht gemacht, in beiden Versammlungen entsprechend den Ansprüchen der Stralauer Genossen, im Geiste der Minorität zu wirken.

Aus aller Welt.

Umfangreicher Fleischsmuggel.

Bedeutende Fleischsmuggelleien sind seit längerer Zeit von einer Hamburger Fleischwarenfabrik durch einen Hamburger Kaufmann, namens Form, von der Firma Wolff, nach Berlin betrieben worden. Trotz des bestehenden Ausfuhrverbotes hat Forms Waggonsladungen Fleisch und Fleischwaren von Hamburg nach Berlin geschickt. Ein Wagon im Werte von 14 000 Mark konnte vor der Abfahrt auf dem Hamburger Bahnhof beschlagnahmt werden. Es handelt sich auch um Fleischkonserven, deren Anfertigung für Privatwecke überhaupt gänzlich untersagt ist. Sowie bis jetzt festgestellt werden konnte, hat die letzte nach Berlin geschickte Sendung einen Wert von 17 000 M. gehabt. Die weitere polizeiliche Untersuchung ergab, daß noch ein anderer Kaufmann, namens Franz, bei der Versendung der Fleischwaren und beim Abzug in Berlin seine Hand im Spiel hatte. Bei seiner Festnahme wollte er seine Berliner Abnehmer natürlich nicht mehr kennen. Jedenfalls steht fest, daß die von der Militärbehörde beanstandeten Waren auf unerlaubte Weise anders hergebracht und im freien Handel zum Verkauf gebracht wurden. Um den Betrug möglichst unauffällig zu machen, wurden die Konserven von der Fabrik auf der Hohenstauffenallee nach dem Altonaer Güterbahnhof geschickt und von dort nach Berlin geschickt. Da der erwähnte Kaufmann in Berlin bereits verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war, hat er seine Berliner Abnehmer zweifellos verständig, nichts von sich hören zu lassen. — Nach den letzten Meldungen hat der Inhaber der Firma Wolff, der seine Verhaftung erwartete, Selbstmord begangen. Es besteht der dringende Verdacht, daß nicht nur verborgene Konserven zum Verkauf gebracht worden sind, sondern

daß auch das Fleisch gefrorener Tiere in der Fabrik bearbeitet worden ist.

Drei Personen vom Bliz getötet. Aus Frankfurt a. O. wird gemeldet: Vom Bliz wurden gestern auf dem Mittergut Neuhäfen in der Mark (Kr. Schwibbus), zwei Russen und ein junges Mädchen, sowie zwei Pferde getötet und ein dritter Russe schwer verletzt. Ein vierter Russe kam mit einer leichten Verletzung davon. Die Russen hatten sich mit dem Mädchen und einem Gespann vom Gewitter übernachtet unter mehrere Weiden geblüht. Ein zweites Gespann war auf dem Felde beim Kartoffelboden zurückgelassen. Ein Bliz traf die alten Weiden und die dort schuschenden Personen.

Selbsttötung eines Desfrabanten. Der seit dem 5. Mai nach Unterschlagung von 300 000 M. flüchtigeendant der Technischen Hochschule in Danzig, Poth, hat sich in Chemnitz der Polizei gestellt. Er hatte nur noch 40 M. bei sich.

Flucht eines gefangenen französischen Fliegers aus der Schweiz. Der französische Flieger Gilbert, der seinerzeit mit seiner Maschine auf schweizerischen Boden niedergegangen war und interniert wurde, ist entflohen. Man ist aber dem Entflohenen auf der Spur. Gilbert hatte schon einmal einen Fluchtversuch unternommen, war aber vor dem Ueberfahren der Grenze erkannt und festgenommen worden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagabend mittig. Zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Regenfällen, am Tage ziemlich warm.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
Freitag, Sonnabend:
8 Uhr: Die grüne Fichte (Ballett).
Vorher: Die Lästigen.
Kammerspiele.
Freitag, Sonnabend:
8 1/2 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Vorher: Ballett.
Volksbühne. Theater a. Bülowlp.
Freitag, Sonnabend:
8 1/2 Uhr: Die Mottenburger.

Dir. Meinhart-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Ein Trauerspiel.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr: Der 7. Tag.
Berliner Theat.
8 1/2 U.: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Freitag, den 26. Mai.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
7 Uhr: Lohengrin.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 1/2 U.: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater.
8 1/2 U.: Vater und Sohn.
Komische Oper.
8 1/2 Uhr: Der Favorit.
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Brauchbar & Fix.
Metropol-Theater
8 U.: Die Großherzogin v. Gerolstein.
Montis Operetten-Theater
8 1/2 U.: Der selige Balduin

Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Kuris-Portis.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Galsp. Alwin
Neub.: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Rose-Theater.
Berliner Blut.
Sonntag: Gartendorfstellung.

WINTERGARTEN
Mai-Spielplan!
Arizona
Clotilde
das Mädchen mit den Schicksals-Augen
Varieté-Operette in 2 Akten von Gilbert
Johnson und Johnson
Birkeneder
Kromo
Paul Jülich
Wilma
Kino

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Freitag, den 26. Mai 1916:
„Büschliel“
Schaup. m. Gef. l. 5 Akt. v. Willhardt.
Sonntag 3 Uhr: Der Waldteufel.
Ab Montag: Goldener Boden.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 U.
Robert Steidl
Schenk und Margot
und das große Mai-Programm.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Z. letzt. M.: Peer Gynt.
Sonnabend: Z. l. M.: Schwarzer Peter
(Albert Bassermann.)

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Die selige Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Von den Rokitnosümpfen
zum Narotsch-See.

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Fliegende Blätter.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der Ehrenbürger.

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Ehrliche Arbeit.

Thalia-Theater.
8 1/2 U.: Blondinehen.

Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 U.: Immer feste druff!

Theater des Westens
8 1/2 U.: Kubinke.

Trianon-Theater.
8 1/2 U.: Tante Tüs'chen.

Club-Basis
Vorletzte Woche!
Anfang 1/2 9 Uhr.
Belebend wirkt täglich
„Afra's“ Hellschuld!!
Aukerdem die großartigen
!! Mai-Schlager !!
u. die Prämiantom. „Ostern“.
Kleinsommer! 40 Pf.—2,99 M.
Wittur u. Kinder halbe Preise.

Admiralspalast.
Das neue Eisballett
Frau Fantasie.
Anf. 9 Uhr. 2, 3, 4 M.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Ein Malen-Spuk“
Studentenbild
von Weisfel.
Anfang 8 Uhr.
Für Militärpersonen
freier
Eintritt zu den
Stett. Sängern.

Singer
unübertroffen
Weber
die Vorteile
verlange man
untere
10 Mark
Coff
Singer Läden
überall

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
Prinzenstr. 64
Potsdamer Str. 117
Aufklärende
f. Geschlechtskrankheiten,
Harnleiden, Schwäche,
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-
und Harn-Untersuchungen.
Institute:
zwischen Dresden- und Annonenstr.
Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.
u. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2, 11-2
u. 1/2, 8-1/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1.
48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei
in verschlossenem Kuvert.

Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Die Fortsetzung der Generalversammlung findet Sonnabend, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Passagen-Besitz, Bergstr. 151/152, statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bernau-Zahnow. Sonnabend, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Adolf Hermann, Bürgermeisterstraße, statt. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung. Verschiedenes.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 28. Mai: Zahl- und Aufnahmezeit von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichtstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“. Mitgliedschaft Berlin und Umgegend. Sonntag, den 28. Mai, Vereinstour sämtlicher Abteilungen nach Müderdorf (zum Ede) Start 6 Uhr. Nachmittagsstour nach Schöneberg zu Ramm. Start 1 Uhr. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Treptower Park, große Biele, Spielabend, wozu sämtliche Mitglieder erscheinen müssen. Auskunft über Tourenangelegenheiten erteilt Otto Panke, Neukölln, Lichtenrader Str. 31.

Eingegangene Druckschriften.

Die wir unser Eiferes Kreuz erwarten. Heft 5—7. Selbst-erlebte von Anhängern des Eisernen Kreuzes 1914, bearbeitet von H. Freiberger u. Dinglage-Campe. Erscheint in 20 Heften a 50 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.

Westfeld und Religion. Von Dr. R. Weibel. 1,50 M. R. G. Klop, Magdeburg.

Der Ruffenbürgermeister von Angerburg. Der Wirklichkeit nach-erzählt von Dr. H. Greiff. Kommissionsverlag H. Pridat, Angerburg, Ostpreußen.

Der Nachtrag zu der Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken über Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgarnspinnstoffe tritt am 26. Mai d. J. in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlag-säulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Polizeipräsident.

196. I. WHL. 16. II. Ang.

Der Nachtrag zu der Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 23. Dezember 1915 betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Bastfasern (Rute, Flachs, Ramie, europäischer Hanf und überseeischer Hanf) und von Erzeugnissen aus Bastfasern tritt am 1. Juni 1916 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlag-säulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Polizeipräsident.

196. I. WHL. 16. II. Ang.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.
Mitgliedschaft Berlin. Mitgliedschaft Berlin.
Engelauer 15 III, Zimmer 67—68.

Sonnabend, den 27. Mai, abends pünktlich 7 1/2 Uhr:

Gemeinsame Bezirksversammlungen

für
Lithographen u. Steindrucker

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

1. Graphisches Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44.
2. Restaurant J. Sachse, Lindower Str. 26 (Bahnhof Wedding).
3. Restaurant Vereinsheim, Stargarder Str. 3 (Hof. Schönhauser Allee).
4. Restaurant Fredersdorf, Frankfurter Allee 24 (Nähe Warschauer Straße).
5. Neukölln. Restaurant Passage-Festsäle, Bergstr. 151.
6. Schöneberg. Restaurant Wandtke, Bahstr. 25 (Bahnhof Schöneberg).

Die zur Erörterung stehenden Berufsstagen verpflichten sämtliche Kollegen zum Besuche der Bezirksversammlungen.

Die außer Beruf tätigen Mitglieder werden um ihr Erscheinen dringend ersucht.

Wir bitten alle Kollegen, die ihrer Wohnung nächstliegende Versammlung zu besuchen.

Die Verwaltungen I. u. III.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83—85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9—1 und von 4—7 Uhr.

Sonntag, den 28. Mai 1916, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in den Eisenkonstruktionswerkstätten
beschäftigten Arbeiter

in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen. 2. Diskussion.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.

Sonntag, den 28. Mai 1916, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

der Metallschleifer und Galvaniseure,
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der gesamten Branchenkommission.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.
Gebisse
höchstzahlend, kauft in und außer dem Hause 8582*
Kaiserstraße 8, Hof I.

In freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Knaben-Waschanzüge,
Knabenblusen,
Knabenhosen usw.
laufen Sie am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Andreasstr. 50, 17 Troppo,
kein Laden.

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
Prinzenstr. 64
Potsdamer Str. 117
Aufklärende

f. Geschlechtskrankheiten,
Harnleiden, Schwäche,
Ehrlich-Hata-Kuren, Blut-
und Harn-Untersuchungen.
Institute:
zwischen Dresden- und Annonenstr.
Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11.
u. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2, 11-2
u. 1/2, 8-1/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1.
48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei
in verschlossenem Kuvert.